

# ippnw forum

das magazin der ippnw  
nr 185 märz 2026 4,50€  
internationale ärzt\*innen  
für die verhütung des  
atomkrieges – ärzt\*innen  
in sozialer verantwortung



- GEAS: Normalfall Haft
- Krankenhaus im Kriegsmodus
- Von Majak über Church Rock bis Fukushima

40 Jahre Tschernobyl, 15 Jahre Fukushima:  
Das Erbe der Atomkatastrophen

# Informiert bleiben und mitmachen

Mit unserem Blog, Newsletter und dem IPPNW-Signal-Kanal seid ihr immer auf dem neuesten Stand. Aktuelle Infos, Termine und Berichte – hier bekommt ihr alle Infos, die ihr für eure politische Arbeit braucht.

**Newsletter** zu verschiedenen Themen –  
hier bestellen: [ippnw.de/newsletter](https://ippnw.de/newsletter)



**Signal-Kanal:** Aktionen und Termine,  
per Messenger aufs Smartphone:  
[ippnw.de/bit/signal](https://ippnw.de/bit/signal)



**Blog** abonnieren und Berichte aus  
dem Verein verfolgen: [blog.ippnw.de](https://blog.ippnw.de)



IPPNW



Lars Pohlmeier ist  
Co-Vorsitzender der  
deutschen IPPNW.



**T**schernobyl und Fukushima markieren die beiden schwersten zivilen Atomunfälle der Geschichte. Der radioaktive Fallout, der sich mit dem Wind ausbreitete, betraf Millionen von Menschen. Dieses Heft widmet sich den gesundheitlichen und gesellschaftlichen Folgen dieser Katastrophen.

Es gibt nur eine Zukunft der Atomenergie: Abschalten! Das ist die Lehre, die heute so gilt wie damals. Auch für die Klimakatastrophe ist Atomenergie keine Lösung.

Mit dieser Ausgabe passen wir das Gesicht des IPPNW-Forums an und stärken zukünftig Formate, die größere Breite und Aktualität schaffen. Das bisherige Erscheinen des gedruckten Einlegers „intern“ in Quartalsabständen ist zu unflexibel, um mit den Informationen aus der Mitgliedschaft mitzuhalten. Es entfällt zukünftig. Themen entstehen heute schneller, wachsen und wollen diskutiert werden. Genau deshalb öffnen wir neue digitale Wege.

Beiträge aus der Mitgliedschaft zur Arbeit der IPPNW sollen sichtbarer und aktueller werden. Unser Internet-Blog bietet dafür die ideale Plattform: schneller, flexibler und jederzeit zugänglich. Wer etwas teilen, diskutieren oder anstoßen möchte, muss künftig nicht mehr auf die nächste Ausgabe warten – Ihre/eure Themen können unmittelbar erscheinen und damit auch zeitnäher Wirkung entfalten. Damit wollen wir unser Engagement und unsere Kampagnen besser verbreiten, koordinieren und effizienter gestalten.

Zugleich werden IPPNW-Inhalte aus der Mitgliedschaft im allgemeinen Teil des Magazins künftig eine größere Rolle spielen. Vier Seiten „Aus dem Verein“ werden in die Forum-Ausgabe integriert. Wir möchten Perspektiven aus der Mitgliedschaft und aus den Regionalgruppen stärker in den Mittelpunkt rücken und sie dort platzieren, wo sie hingehören: mitten in die Debatte, mitten in die Organisation, mitten in unser gemeinsames Denken.

Wir wünschen eine spannende Lektüre.  
Ihr Dr. Lars Pohlmeier

Gaza: Völkerrecht durchsetzen! 08



15 Jahre nach dem GAU: Eine Reise durch Fukushima 20



Rüstungskontrolle: Das Ende von New START 18



THEMEN

Gaza: Völkerrecht durchsetzen – jetzt!..... 8

Als Beobachterin auf der Sicherheitskonferenz..... 9

Wie Krieg spricht und wie sein Schweigen klingt..... 10

Krankenhaus im Kriegsmodus..... 12

Normalfall Haft: Die GEAS-Anpassung..... 14

Unsichtbare Narben: Interview mit Karina Lester..... 16

Das Ende von New START..... 18

Im Schatten von Tschernobyl: Die Arbeit von Belrad..... 19

SCHWERPUNKT

Eine Reise durch Fukushima..... 20

Vertuscht und verharmlost..... 24

Von Majak über Church Rock bis Fukushima..... 26

Die vergessenen Kämpfer\*innen..... 28

Ein neues Leben nach dem Super-GAU..... 29

AUS DEM VEREIN

Aus dem Vorstand..... 34

100 Mitglieder in 100 Tagen..... 35

IPPNW-Jahrestreffen in Jena..... 36

Trauer um Prof. Dr. Ulrich Gottstein..... 38

RUBRIKEN

Nachrichten..... 6

Welt..... 30

Aktion..... 31

Gelesen, Gesehen..... 32

Gefragt: Fabian Scheidler..... 34

Gedruckt, Geplant, Impressum, Termine..... 39

Foto: Dr. Alex Rosen

Foto: Hendrik Haßel



Angelika Wilmen ist Referentin für Frieden der deutschen IPPNW.

Wer das Völkerrecht nicht schützt, wenn es in Gaza, Venezuela oder im Iran verletzt wird, der kann sich auch im Fall von Grönland nicht darauf berufen.

In diesem Sinne war es fatal, dass Bundeskanzler Friedrich Merz und Außenminister Johann Wadepuhl die Militärintervention in Venezuela nicht klar als Bruch des Völkerrechts verurteilt haben. Die EU hat im Jahr 2012 den Friedensnobelpreis erhalten für die Förderung von Frieden und Versöhnung. Über 70 Jahre haben Deutschland und Frankreich in drei Kriegen gegeneinander gekämpft. Heute ist ein Krieg zwischen den beiden Staaten undenkbar. Ein Beispiel, wie historische Feinde durch den Aufbau gegenseitigen Vertrauens Partner werden können. Darauf sollte sich die EU-Staatengemeinschaft wieder besinnen. Europa ist aufgrund seiner geographischen Lage und den vielfältigen Beziehungen dafür prädestiniert, zwischen den Großmächten zu vermitteln.

Donald Trump missachtet das Völkerrecht und internationale Verträge, die UN sowie andere internationale Organisationen. Wer völkerrechtswidrig andere Staaten angreift oder mit der Annexion von Grönland droht, kann keinem sogenannten „Friedensrat“ vorstehen. Die Schwächung der UN durch dieses neue Gremium darf Deutschland nicht zulassen. Die Bundesregierung und die EU müssen Diplomatie und multilaterale Zusammenarbeit fördern und Institutionen gemeinsamer Sicherheit wie die OSZE oder UN stärken, statt auf eigene militärische Stärke und eine aberwitzige Hochrüstung zu setzen. Sie könnten sich zum Beispiel gegenüber den USA und Russland dafür einsetzen, dass die Obergrenzen des New START-Vertrages zur Reduzierung strategischer Atomwaffen und ihrer Trägersysteme auch nach Auslaufen des Abkommens weiter eingehalten werden und Verhandlungen über strategische Stabilität und Rüstungskontrolle beginnen.

Die Bundesregierung sollte außerdem der Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen und dem Kauf von US-Typhoon-Systemen und Towahawks eine Absage erteilen, um die Gefahr einer militärischen Eskalation in Europa zu reduzieren. Die gegenwärtige irrationale Aufrüstung entzieht den Gesellschaften die finanziellen und intellektuellen Ressourcen für die Lösung der eigentlichen Menschheitsprobleme wie der Klimakatastrophe, Armut und sozialer Ungerechtigkeit. Sie führt in eine Eskalationsdynamik, die die Sicherheit der Menschheit nicht erhöht, sondern die Kriegsgefahr vergrößert. Die Zukunft Europas muss deshalb stattdessen in einer Sicherheits- und Friedensordnung liegen, die auf dem Prinzip der gleichen Sicherheit für alle beruht.



## Massenvernichtungswaffen im Namen der Kirche?

Die IPPNW kritisiert die im November 2025 veröffentlichte Friedensdenkschrift der EKD als friedenspolitisch enttäuschend. Die Autor\*innen der Denkschrift verengen den Diskurs auf sicherheitslogische Prinzipien statt für die gegenwärtigen, multiplen Krisen weltweit Lösungen im Sinne einer Friedenslogik aufzuzeigen. Friedenslogik legt den Fokus auf das Leid, das Menschen einander durch Krieg und die Zerstörung der Lebensgrundlagen zufügen. Friedenslogik stellt die Wege, unsere Lebensgrundlagen, unsere Welt und die Menschheit zu bewahren, in den Mittelpunkt.

Besonders stört sich die IPPNW daran, dass die Denkschrift den Besitz von Atomwaffen, die Abschreckungslogik und die nukleare Teilhabe zu rechtfertigen versucht. Die Denkschrift ignoriert die völkerrechtlichen Probleme, die katastrophalen Folgen selbst eines einzigen Atombombeneinsatzes und die Vernichtungsgefahr für die gesamte Menschheit im Falle eines Atomkriegs. Die EKD sollte stattdessen Stellung beziehen gegen Forderungen nach europäischen oder sogar deutschen Atomwaffen. Deutschland hat sich im Nichtverbreitungsvertrag und im 2+4-Vertrag zur Deutschen Einheit explizit zum Verzicht auf Atomwaffen verpflichtet.

Der Friedensbeauftragte der EKD, Friedrich Kramer, hatte der Denkschrift bei ihrer Vorstellung schon widersprochen: „Ich wünsche mir, dass sich auch unsere Kirche weiterhin nicht an der Rechtfertigung von Geist, Logik und Praxis atomarer Abschreckung beteiligt.“

**Das IPPNW-Statement finden Sie hier: [ipnwn.de/bit/EKD](https://ipnwn.de/bit/EKD)**

## Rüstungskontrolle: Der New-START-Vertrag ist ausgelaufen

Zum 5. Februar 2026 ist der New-START-Vertrag zwischen Russland und den USA ausgelaufen. Unter dem 2011 in Kraft getretenen Abkommen wurden die Atomsprengköpfe beider Staaten auf je 1.550 Stück reduziert – das betrifft Interkontinentalraketen, U-Boot-gestützte Langstreckenraketen und Atombomben. Die Zahl der Trägersysteme wurde für jedes Land auf 800 Stück begrenzt, wobei nicht mehr als 700 stationiert sein dürfen.

Die deutsche IPPNW-Sektion hat die Bundesregierung in einer Pressemitteilung aufgefordert, sich gegenüber den USA und in der NATO dafür einzusetzen, dass Präsident Trump das russische Angebot aufgreift, sich weiterhin an die vereinbarten Obergrenzen zu halten. Vertreter\*innen der internationalen IPPNW und der Pugwash-Bewegung hatten bereits Mitte Januar 2026 an die Präsidenten der USA und Russlands geschrieben und ein einjähriges Moratorium zur Verlängerung von New START zur Verringerung der strategischen Nuklearwaffen gefordert, um den letzten noch verbleibenden Rüstungskontrollvertrag zu retten.

„Mit der Entscheidung, diese Beschränkungen für ein Jahr beizubehalten, würden die USA und Russland sicherstellen, dass der Übergang in eine neue Ära der Rüstungskontrolle geordnet und strategisch verläuft“, erklärt Dr. Lars Pohlmeier, Co-Vorsitzender der deutschen IPPNW-Sektion.

**Mehr Infos auf S. 18**

## Die IPPNW trauert um Prof. Dr. Ulrich Gottstein

Prof. Dr. Ulrich Gottstein, Ehrenvorsandsmitglied der deutschen IPPNW, ist am 30. Dezember 2025 im Alter von 99 Jahren verstorben. Der Mitbegründer der bundesdeutschen Sektion war eine der führenden Persönlichkeiten der Friedensorganisation. Er hatte zahllose leitende Positionen innerhalb und außerhalb der IPPNW inne. Mit der Paracelsus-Medaille (2011) hat er zudem höchste Ehrungen der deutschen Ärztsinnenschaft erhalten und war Träger des Bundesverdienstkreuzes (1992).

Ulrich Gottstein organisierte im ehemaligen Jugoslawien Hilfstransporte. Er verteilte Medikamente und Kindernahrung im Irak. Mit der Irak-Kinderhilfe sorgte er später dafür, dass über 100 kranke Kinder aus dem Irak in Deutschland operiert werden konnten.

In einzigartiger Weise hat Ulrich Gottstein die IPPNW beeinflusst. „Er war für uns immer ein Vorbild in dem, wie Humanität, medizinische Ethik und medizinisches Wissen zusammengebracht werden können. Ulrich Gottstein war leidenschaftlich von der Möglichkeit und der Kraft der Versöhnung überzeugt. Mit seiner humanitären Stimme in die Politik hinein hat er wesentlich dazu beigetragen, dass die IPPNW so viel erreicht hat – auf internationaler Ebene beispielsweise die Verabschiedung des Atomwaffenverbotsvertrags. Nicht umsonst war er zweimal zur Friedensnobelpreisverleihung nach Oslo eingeladen: 1985 (IPPNW) und 2017 (ICAN).

**Einen Nachruf finden Sie auf S. 38**



## IPPNW-Tagung zu atomaren Gefahren in Stuttgart

Die Tagung „15 Jahre Fukushima – 40 Jahre Tschernobyl“ am 7. März 2026 in Stuttgart machte eindrücklich deutlich, wie aktuell die Gefahren der Atomenergie weiterhin sind. Expert\*innen aus Medizin, Wissenschaft, Journalismus und Zivilgesellschaft beleuchteten die bis heute anhaltenden Folgen der Reaktorkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima. Berichte aus Belarus, der Ukraine und Japan zeigten, wie sehr Menschen in den betroffenen Regionen noch immer unter gesundheitlichen, sozialen und ökologischen Belastungen leiden.

Besonders im Fokus standen neue medizinische Erkenntnisse zu Strahlenfolgen sowie die Risiken niedriger Strahlendosen. In weiteren Beiträgen wurde diskutiert, wie geopolitische Entwicklungen, Ressourcenfragen und militärische Aspekte die Atomenergie erneut in den Mittelpunkt globaler Konflikte rücken. Das Podium zu aktuellen GAU-Gefahren machte klar: Die Wahrscheinlichkeit schwerer Unfälle bleibt real – und die internationale Gemeinschaft ist unzureichend vorbereitet. Die Tagung endete mit einem Appell, die Energiewende konsequent voranzutreiben und die Betroffenen stärker in politische Entscheidungen einzubeziehen.

**Mehr im Themenschwerpunkt S. 20-29**  
**Die Dokumentation der Vorträge finden**  
**Sie unter: [ipnw.de/atomenergie](http://ipnw.de/atomenergie)**



## Widerstand gegen das geplante Gesundheitssicherstellungsgesetz

Bis zum Sommer 2026 soll nach den Planungen des Gesundheitsministeriums ein konkreter Entwurf für das geplante „Gesundheitssicherstellungsgesetz“ vorliegen. Darin wird die Militarisierung des Gesundheitswesens genauer ausbuchstabiert. Auf der Münchener Sicherheitskonferenz erklärte Ministerin Nina Warken zu den Inhalten: „Wir müssen unsere Strukturen so gestalten und stärken, dass sie auch Krisensituationen standhalten und sowohl die zivile Bevölkerung als auch Bundeswehr und NATO-Partner medizinisch gut versorgt werden können.“ Dazu gehörten stabile Lieferketten, ausreichend ausgebildetes Personal, verlässliche Infrastrukturen und „eine enge Abstimmung mit unseren nationalen und internationalen Partnern“.

In der Ärzteschaft regt sich weiter Widerstand. Die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Berlin ruft in einem Beschluss dazu auf, die ethischen Grundsätze offen zu vertreten und einer Hierarchisierung des Wertes menschlichen Lebens bereits in Friedenszeiten entschieden entgegenzutreten. In dem Beschluss heißt es wörtlich: „Weltweit stellen kriegerische Auseinandersetzungen eine der größten Gefahren für die menschliche Gesundheit dar, und zwar – ungeachtet aller ärztlichen Bemühungen – zahlenmäßig weit überwiegend für die Gesundheit von Zivilpersonen. Die Aufgabe von Ärztinnen und Ärzten muss daher in der Erhaltung des Friedens liegen.“

**IPPNW-Erklärung für ein ziviles Gesundheitswesen: [ipnw.de/bit/militarisierung](http://ipnw.de/bit/militarisierung)**



## Free Dr. Hussam Abu Safiya! 14.000 Unterschriften übergeben

Über 14.000 Menschen haben für die Freilassung von Dr. Hussam Abu Safiya unterschrieben. Am 16. Januar 2026 haben Katja Müller-Fahlbusch (Amnesty International), Dr. Khaled Hamad (Palästinensische Gemeinde Deutschland), Basem Said und Dr. Uwe Trieschmann (IPPNW) die Petition an das Auswärtige Amt übergeben. Der Kinderarzt Dr. Hussam Abu Safiya wurde im Dezember 2024 in Gaza verhaftet, als das israelische Militär das Kamal-Adwan-Krankenhaus stürmte. Abu Safiya ist Leiter des Krankenhauses und eine der bekanntesten Stimmen des zerstörten Gesundheitssektors im besetzten Gazastreifen.

Bei der Kundgebung vor dem Auswärtigen Amt berichtete Dr. Uwe Trieschmann über den lebensbedrohlichen Zustand, in dem sich Abu Safiya nach wiederholter Folter befindet. „Die Verhaftung von Dr. Hussam Abu Safiya ist Teil der Angriffe auf das Gesundheitssystem in Gaza. Deshalb geht es mit seiner Verteidigung auch um die Verteidigung des Gesundheitswesens und des Völkerrechts. Medizinisches Personal muss seine Aufgaben ausüben können, ohne Einschüchterung, willkürliche Inhaftierung oder Gewalt befürchten zu müssen.“

Dr. Khaled Hamad machte auf die Situation von über 9.300 Gefangenen in Israel aufmerksam, von denen sich 3.500 ohne Anklage in Haft befinden. „In den israelischen Gefängnissen werden die Palästinenser misshandelt. Kranke Gefangene erhalten kaum Behandlung, so dass seit dem 7. Oktober 2023 mehr als 88 Palästinenser\*innen in den Gefängnissen gestorben sind.“

**Petition unter: [ipnw.de/bit/abu-safiya](http://ipnw.de/bit/abu-safiya)**

# Gaza: Völkerrecht durchsetzen – jetzt!

Statement des Forum Menschenrechte

**A**uch Monate nach der Waffenstillstandsvereinbarung vom Oktober 2025 dauern massive Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen im besetzten Palästinensischen Gebiet an. Tötungen von Zivilist\*innen, systematische Einschränkungen humanitärer Hilfe, fortgesetzte Besatzung, Siedlungsbau, willkürliche Inhaftierungen und Angriffe auf die Zivilgesellschaft prägen weiterhin die Realität in Gaza, im Westjordanland und in Ostjerusalem. Internationale Gerichte haben diese Handlungen eindeutig als völkerrechtswidrig benannt und Verpflichtungen auch für Drittstaaten festgestellt. Dennoch handelt die Bundesregierung bislang nicht entsprechend dieser völkerrechtlichen Verpflichtungen. Diese Untätigkeit untergräbt nicht nur den Schutz der Menschenrechte vor Ort, sondern auch die Glaubwürdigkeit des internationalen Rechts insgesamt.

Zwar hat die israelische Regierung die massiven Luftangriffe weitgehend eingestellt, dennoch wurden seit Inkrafttreten der Vereinbarung mehr als 470 Palästinenser\*innen durch die israelische Armee getötet. Die Gesamtzahl der seit Oktober 2023 durch israelischen Beschuss Getöteten liegt inzwischen bei über 71.500, darunter mindestens 20.000 Kinder, 220 Journalist\*innen und 1.680 Mitarbeiter\*innen aus dem Gesundheitssystem.

Trotz mehrfacher verbindlicher Anordnungen des Internationalen Gerichtshofs lässt die israelische Regierung nur äußerst begrenzte Lieferungen lebensnotwendiger Güter und medizinischer Hilfslieferungen zu. Bereits vor mehr als zwei Jahren warnte der Internationale Gerichtshof vor dem Risiko eines drohenden Genozids an den Palästinenser\*innen in Gaza und untersucht die israelischen Kriegshandlungen in diesem Zusammenhang. Die völkerrechtlich bindende Genozidkonvention verpflichtet auch Deutschland, einen möglichen Genozid zu verhindern, Verantwortliche zu bestrafen und jede Form der Beihilfe zu unterlassen. Dieser völkerrechtlichen Verpflichtung steht eine Politik gegenüber, die



„FREIHEIT FÜR DR ABU SAFIYA“: ÜBERGABE DER PETITION AN DAS AUSWÄRTIGE AMT – 16.02.2026

unter anderem durch die Wiederaufnahme von Rüstungsexporten zur Fortdauer von Völkerrechtsverbrechen beiträgt.

## Lage im Westjordanland

Obwohl der IGH am 19. Juli 2024 eindeutig festgestellt hat, dass sowohl die Besiedlung als auch die israelische Besatzung palästinensischen Landes völkerrechtswidrig sind und beendet werden müssen, geschieht in der Praxis das Gegenteil. Das Ausmaß an Zerstörungen, Vertreibungen, staatlich geduldeter bzw. unterstützter Siedlergewalt und Tötungen von Palästinenser\*innen sowie Landnahme hat in den Jahren 2024 bis 26 bislang ungekannte Dimensionen angenommen. Die israelische Regierung geht eindeutige, weitere Schritte in Richtung einer de-jure-Annexion.

Mehr als 9.300 Palästinenser\*innen sind derzeit in israelischer Haft; darunter 3.300 in Administrativhaft und mehr als 1.200 unter dem „Gesetz über unrechtmäßige Kombattanten“ – ohne Anklage, ohne Prozess und ohne Zugang zu Rechtsbeistand. Die systematische Folter und Misshandlung in israelischen Gefängnissen hat ein Ausmaß erreicht, das die israelische Menschenrechtsorganisation B’Tselem als ein „System aus Folterlagern“ bezeichnet.

## Systematischer Angriff auf die Zivilgesellschaft

Palästinensische und israelische Organisationen der Zivilgesellschaft sind seit Jahren systematischen Repressionen ausgesetzt: Mindestens sieben palästinensische Menschenrechtsorganisationen wurden seit Oktober 2021 von den israelischen Behörden als „terroristisch“ eingestuft, ohne dass die zugrunde liegenden Vorwürfe offengelegt wurden. Das De-Registrierungsvorhaben gegen 37 Internationale Nichtregierungsorganisationen der humanitären Hilfe stellt eine weitere Eskalation dar. Es droht den ohnehin eingeschränkten Zugang humanitärer Hilfe in Gaza und dem Westjordanland weiter zu unterminieren.

In der Gesamtschau ist festzuhalten: Die Verpflichtung der Bundesregierung zur Einhaltung und Durchsetzung des Völkerrechts ist nicht optional. Das Bekenntnis zum Völkerrecht ist nicht nur verfassungsrechtlich zwingend, sondern Ausdruck einer historischen Verantwortung. Für das nachlassende Interesse an der fortgesetzten Menschenrechtskrise in Palästina gibt es deshalb keine Rechtfertigung. Denn: Nichts ist gut in Gaza!

Aus der Stellungnahme des Forum Menschenrechte (Februar 2026)

# Als Beobachterin auf der Sicherheitskonferenz

Aufrüstung: Über die Notwendigkeit einer öffentlichen Debatte

## Inga, Du warst letztes Wochenende als Beobachterin bei der Münchner Sicherheitskonferenz. Was war Dein Eindruck?

Die Konferenz war stark eingeeignet auf ein militärisches Verständnis von Sicherheit. Zwar wurde viel über die Krise der internationalen Ordnung gesprochen und es herrschte eine deutlich spürbare Angst wegen des verlorenen Vertrauens in den bisherigen Partner USA. Trotzdem zielten die auf den großen Bühnen diskutierten Lösungen vor allem auf die weitere Aufrüstung Deutschlands und Europas. Vorschläge für die Stärkung der internationalen Ordnung wie Investitionen in die Vereinten Nationen oder die Weltgesundheitsorganisation WHO, die sich in einer existenziellen Finanzkrise befinden, gab es wenig. Vor allem die Vertreter Chinas sprachen sich für eine Stärkung von UN und Multilateralismus aus, von westlicher Seite wurden Zweifel geäußert, ob nicht eine versteckte Agenda dahinterstecken könnte.

**Und jenseits der öffentlichen Panels?** In über 200 „Side Events“, die teilweise der Geheimhaltung unterliegen, wurde zum Teil etwas kritischer diskutiert. Es gab Veranstaltungen vom Roten Kreuz, von WHO und mit Vertreter\*innen der UN. Die meisten dieser Debatten waren aber von Privatunternehmen und Rüstungsindustrie gesponsert, und dort ging es vor allem um militärische Wettbewerbsfähigkeit. Nicht nur im konventionellen Bereich, sondern

auch auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz oder im Weltraum. Unter Beteiligung deutscher Ministerien wurde diskutiert, wie Gesundheitssystem und Transportsystem umgebaut werden sollten, um auf einen möglichen Flächenkrieg in Europa ab 2029 vorbereitet zu sein, in dem Deutschland die logistische Drehscheibe wäre.

**Welche Rolle spielten wirtschaftliche Interessen?** Wirtschaftsexpert\*innen stellten Strategien für einen schnelleren Aufbau von Rüstungsindustrie vor. Das Profitstreben privater Unternehmen und die enge Vernetzung von Industrie und Politik als treibende Kraft hinter der Aufrüstung ist eindeutig. Rüstungskonzerne wie Hensoldt, Heckler und Koch, Lockheed Martin und Rheinmetall gehören zu den offiziellen Sponsoren der Konferenz.

**Kamen Rüstungskontrolle und Risikoreduktion überhaupt zur Sprache?** Konferenzpräsident Wolfgang Ischinger hat tatsächlich schon in seiner Eröffnungsrede über die Gefahr der Weiterverbreitung von Atomwaffen gesprochen und an die Atom-mächte appelliert, ihre Abrüstungsverpflichtungen einzuhalten. Der spanische Ministerpräsident Pedro Sanchez hat eindringlich vor den Gefahren von Atomwaffen gewarnt und zur Abrüstung aufgefordert. Es sei ein Fehler, dass allein die USA in den nächsten Jahren 946 Milliarden US-Dollar für Atomwaffen ausgeben wol-

len: eine Summe, mit der die extreme Armut auf der Welt beendet werden könnte..

**Was war die deutsche Position?** Bundeskanzler Friedrich Merz kündigte an, mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron über den Aufbau einer gemeinsamen europäischen atomaren Abschreckung zu sprechen. Deutschland würde damit sowohl gegen den Nichtverbreitungsvertrag als auch gegen den 2+4-Vertrag zur deutschen Einheit verstoßen. Das würde dem internationalen Kontrollsystem für atomare Abrüstung vermutlich endgültig den Rest geben. Die Weiterverbreitung von Atomwaffen in immer mehr Länder würde die Wahrscheinlichkeit der Katastrophe dramatisch erhöhen.

**Was müsste geschehen?** Es müsste zum Beispiel dringend eine öffentliche Debatte über die ab diesem Jahr geplante Stationierung von weitreichenden US-Raketen in Deutschland geben. In die Entscheidung der Ampel-Regierung darüber im Jahr 2024 wurde nicht einmal der Bundestag einbezogen, und er forderte auch keine Debatte darüber ein. Viele Entscheidungen im Rüstungsbereich unterliegen der Geheimhaltung. Die Münchner Sicherheitskonferenz, die zu einem großen Teil aus Bundesmitteln finanziert wird, müsste die Öffentlichkeit zu diesen für uns alle existenziellen Fragen in Zukunft viel stärker einbeziehen.

## POSTKARTENAKTION „EINE ZUKUNFT IN FRIEDEN“ AUF DER ANTISIKO-DEMO



Foto: Marvin Mendyka / atomwaffenfrei.jetzt

Das Interview führte Gisela Dürselen. Erschienen am 17. Februar 2026 auf [nd-aktuell.de](https://nd-aktuell.de): [ipnwn.de/bit/nd](https://ipnwn.de/bit/nd)



Dr. med. Inga Blum ist Co-Präsidentin der Internationalen IPPNW.

# Wie Krieg spricht und wie sein Schweigen klingt

Ukraine: Was haben vier Jahre Krieg mit dem Land gemacht?

Nachts die Sirenen, Drohnen, Raketen und Explosionen. Und morgens die Nachrichten über Tote und Ausgebombte – sowie die Frage, ob es Licht und Wärme gibt. Anfang Dezember bin ich aus Kyjiw nach Berlin zurückgekehrt. Bis zur Abreise hatte ich keine Heizung. Die November- und Dezemberkälte übernahm das Haus, die Straße versank in Dunkelheit. Strom ist wie Blut, dachte ich, und all diese Kabel sind seine Adern. Verschwindet er, entweicht das Leben aus dem Körper der Stadt. So wie es aus den Körpern der Soldaten entweichen kann, die an der Front kämpfen und sterben.

Irgendwo jenseits dieses Alltags fanden zuletzt Friedensverhandlungen statt, bekanntlich nicht zum ersten Mal. Zwei „schlechte Friedensabkommen“ waren schon vorher abgelehnt worden, stets gefolgt von zufriedenen Kommentaren in internationalen Medien. Inzwischen hat die Idee des Friedens selbst einen schlechten Ruf: „Frieden durch Zwang“.

Fast immer, wenn ich in den letzten Jahren über Friedensszenarien diskutierte, ging es um Völkerrecht, Geopolitik und die Notwendigkeit, dem Aggressor entschlossen zu begegnen: „Frieden durch Stärke“. Die Ukraine solle für Moskau „unverdaulich“ werden, wie Ursula von der Leyen im August 2025 sagte. Als könnte es je etwas Gutes verheißen, Teil des Verdauungsprozesses eines anderen zu sein. In diesem Krieg dient symbolische Sprache als neuer Eiserner Vorhang. Sie verschleiert, was konkret zur Wahl steht: Die Alternative zu einem „schlechten Frieden“ ist nichts anderes als der Krieg in all seinen Formen.

## Nähe unter Avataren

Diese Zeilen entstanden im Kern zwischen August und Oktober 2025. Ich hielt es damals für nötig, die systematische Gewalt

zu beschreiben, die zur Aufrechterhaltung des bewaffneten Widerstands erforderlich ist. Die Politiker, die über einen Krieg bis 2030 parlierten, schienen etwas zu übersehen. Inzwischen denke ich einerseits, dass ich nur Bekanntes wiederhole, wenn ich hier von Zwangsrekrutierung oder der Sprache militärischer Gewalt berichte, die den Krieg ausmachen. Andererseits spricht niemand über dieses Bekanntes. Ein Freund, der jetzt in der Armee ist, sagte zu mir: „Ich werde nicht zulassen, dass sie das vergessen.“ Ihm widme ich diesen Text.

Als ich zu schreiben begann, poppten ständig Nachrichten auf mein Handy: „Sie fahren die Widradne hinunter und steigen aus einem schwarzen Auto aus“ / „Gatne – Autokontrollen, es sieht schlecht aus, Razzia“ / „An der U-Bahn-Station Gnata Juri, direkt auf dem Bahnsteig, ein paar Auberginen mit einem Tablet ... Seid vorsichtig da draußen!“ Diese Live-Updates wurden auf Telegram gepostet, in einem der vielen Kanäle, auf denen in Kyjiw Zivilisten einander vor Rekrutierungs-Razzien warnen.

Eine „Aubergine“ ist ein Polizist oder Beamter eines Territorialen Rekrutierungszentrums (TCR). Herrscht „sonniges Wetter“, gibt es keine Kontrollen. Oft klingen die Nachrichten so vertraulich, als wende man sich an Verwandte. Dann schleicht sich eine absurde Polit-Nachricht dazwischen: Auf „Kreuzung Dnipro-Ufer und Truskawetska-Straße alles sauber, keine Probleme“ folgt „Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine wird irgendwann enden, denke ich – Trump“.

Binnen Stunden verschwinden die Nachrichten, ich kopiere sie für meinen Text. Das Verfolgen solcher Kanäle ist strafbar. Einige ihrer Gründer und Administratoren wurden festgenommen und könnten im Gefängnis landen. Zur Einschüchterung werden immer wieder Fotos von entsprechenden Verhaftungen veröffentlicht. Aber

sofort taucht ein neuer Kanal auf. Die Kanäle sind strikt anonym. Sie schaffen unpersonliche Gemeinschaften: Versteckt hinter Pseudonymen und Avataren redet man miteinander, bisweilen sogar über Politik. Sie existieren in der ganzen Ukraine – als Teil des Untergrundlebens von Städten, deren Oberflächen mit Rekrutierungswerbung bedeckt sind. In Kyjiw hängen diese Anzeigen oft dort, wo früher Hollywood-Plakate zu sehen waren. Und die Bildsprachen ähneln sich: Soldaten werden etwa als Riesen dargestellt. Sie sitzen auf Gebäuden, als wären es Stühle, sie stützen ihre Knie gegen Brücken und legen ihre Ellbogen auf Bürotürme. Mit jedem Schritt könnten sie Häuser zermalmen, mit einem Schulterzucken Mauern umwerfen.

Einige berühmte Bataillone haben eigene Plakate. Die Dritte Sturmbrigade zeigt einen lachenden Soldaten mit blutverschmiertem Schwert. Er reitet auf einem flauschigen Kater über zombiehafte Zivilisten. Sie fotografieren ihn, strecken die Hände nach ihm aus, als wüssten sie nicht, dass er sie vernichten will: „Dritte Sturmbrigade. Vorbereitung auf jedes Szenario.“

Es gibt auch Motive für Freiwillige unter 24 Jahren, die bisher der Wehrpflicht noch nicht unterliegen: Anime- oder Cartoon-Illustrationen stellen den Krieg als Computerspiel vor. Ein Plakat bot jungen Freiwilligen eine Lotterie mit einer Auszahlung von einer Million Hrywnja an. Solche Machtprojektionen sollen diejenigen ansprechen, die sich machtlos fühlen. Sie vermitteln eine Illusion von Stärke, Einfluss und Kontrolle. Ihr fantastischer, anti-realistischer Stil stellt den Krieg in eine Spielwelt, in der Charaktere durch Bonus-Leben und Extra-Kräfte „aufgewertet“ werden können.

„Helden sterben nicht“: Wir lesen das in Nachrufen, die unsere Social-Media-Feeds füllen. Wir hören das bei den Be-

erdigungen, ein ums andere Mal. Zuweilen wollte ich darin Wahres erkennen: „Für immer 19“, „für immer 31“ und so weiter. Als gehe es nicht um ein vorzeitig beendetes Leben, sondern ein Rezept für ewige Jugend.

### Ganz normal getötet

Dieses Spiel mit der Unsterblichkeit ist besonders bitter, wenn jemand getötet wird, den man liebt. Am 18. August erwießen wir in Kyjiw meinem Freund Dawyd Tschytschkan die letzte Ehre, dem Künstler und Anarchisten. Er hatte sich im Oktober 2024 zu einer Mörser-Einheit gemeldet. Viele aus seinen Kreisen waren da schon eingerückt.

Dawyds Beerdigung brachte Künstler, Kuratoren, Linke, Anarchisten und Mitglieder der queeren Community mit Soldaten zusammen. Die lobten, er habe „wie ein ganz normaler Typ“ in den Gräben gesessen, obwohl er gar nicht „musste“. Dawyd „hätte seine Verbindungen in der Kunstwelt nutzen und in ein anderes Land gehen können“, sagte einer, oder sich eine sichere Position im Hinterland verschaffen. Diese Aussagen ehrten einen mutigen, freundlichen Menschen. Sie warfen aber auch unfreiwillig Licht auf die unsichtbaren Hierarchien der Armee, vor der so viele Angst haben und zu fliehen versuchen.

**A**llein 2025 wurden mehr als 160.000 AWOL-Fälle offiziell gemeldet. „Absent Without Leave“ ist in der Ukraine „zu einem alltäglichen Ausdruck geworden“, stellt die Deutsche Welle fest. Immer wieder stoße ich in diesem Kontext auf das Wort „Mobilisierungsressourcen“. Soldaten nennen sich manchmal selbst so ähnlich: „Mobilisierungsmaterial“. Das ist so aberwitzig wie das Bild unsterblicher Helden.

Die Wehrpflicht wurde seit 2022 mehrfach überarbeitet. Anfänglich gab es viele Frei-

willige, schockiert von der Aggression, aber voller Hoffnung. Die Invasionsarmee war klein und unterschätzte ihren Gegner. Doch als die russischen Streitkräfte um das Dreifache anwuchsen, stieg auch der Bedarf an ukrainischen Soldaten.

Im Mai 2024 wurde angesichts der neuen russischen Offensive das Wehralter von 27 auf 25 Jahre gesenkt und die „eingeschränkte Wehrpflicht“ fast völlig abgeschafft. Alle Männer zwischen 18 und 60 Jahren mussten ihre Daten in einer staatlichen Datenbank aktualisieren. Alle im betreffenden Alter sind prinzipiell wehrpflichtig, wer über 22 ist, darf das Land nicht verlassen. Die Dienstbefreiung ist ein Privileg, aber keine Garantie: Der Status wird regelmäßig überprüft. Die Demobilisierung nach 36 Monaten wurde gestrichen.

Trotz hoher Geldstrafen haben laut Berichten 1,5 Millionen Männer ihre Daten nicht aktualisiert. Eine enorme Anzahl von Menschen versucht, die Mobilisierung zu vermeiden. Viele misstrauen dem Verfahren. Die Größenordnung spricht für sich. Es gibt einen riesigen Raum für Ahnungen, Meinungen, Zweifel und Entschlüsse, die öffentlich nicht zum Ausdruck kommen.

Wo es keine Worte gibt, gibt es einerseits doch Taten: Verstecken, Vermeiden oder Nichtbefolgen des Befehls, zu kämpfen. Andererseits ist das ukrainische Internet inzwischen voller Videos von Zwangsrekrutierungen – und Widerstand dagegen. Sie werden von Passanten gefilmt und hochgeladen. Internationale Medien ignorieren sie weitgehend. Man sieht da vielleicht einen Mann, der verzweifelt mit Soldaten ringt, die ihn in einem Kleinbus zerrren wol-



AUS DER SERIE „BLACKOUT IN WINTER“

len. Das nennt man „Busifizierung“. Scrollt man weiter, sieht man vielleicht Menschen, die in Einberufungszentren einbrechen, um Männer zu befreien. Auch das Verbreiten dieser Bilder kann verfolgt werden. Ich schaffe es oft nicht, sie bis zum Ende anzuschauen. Sie hinterlassen ein Gefühl grenzenloser Hilflosigkeit, auch weil sie kaum jemand öffentlich zur Kenntnis nimmt.

In ihren Küchen sprechen einige Freunde darüber, so ähnlich wie früher in der Dissidentenzeit. Aber öffentlich ist es, als geschähe nichts. Dabei sind diese Bilder auch außerhalb der Ukraine jederzeit empfangbar. Es ist, als ob unsere Gesellschaft wie der internationale Diskurs unter einen kollektiven Bann geraten wäre. [...]

*Übersetzung & Redaktion: Velten Schäfer. Dieser Text ist ein Auszug aus dem gleichnamigen Artikel in „Der Freitag“ vom 8. Januar 2026.*



Yevgenia Belorusets ist Künstlerin, Fotografin, Kuratorin und Autorin in Berlin und Kyjiw: belorusets.com

Foto: Yevgenia Belorusets

Foto: privat

# Krankenhaus im Kriegsmodus

Die Militarisierung gefährdet demokratische Grundrechte

Die Zeitenwende erfasst alle Bereiche der Gesellschaft: Geld fließt in unvorstellbaren Summen in die Rüstung, doch gleichzeitig wird erklärt, das gespart werden müsse. Die Infrastruktur soll für das Militär fit gemacht werden, während der Personenverkehr der Bahn dahinsiecht. In einem Interview zählte der damalige Gesundheitsminister, Karl Lauterbach, verschiedene Punkte auf, die klar geregelt und eingeübt werden müssten. Dazu gehörte die Regelung der Zuständigkeiten etwa bei der Notwendigkeit der Verteilung einer hohen Zahl an Verletzten auf die Kliniken in Deutschland, Meldewege und Möglichkeiten von Patientenverlegungen im gesamten Bundesgebiet, erweiterte Vorschriften zur Bevorratung nicht nur in Kliniken, Regelungen zum Einsatz und der Verteilung von medizinischem Personal. Im Krisenfall müsse jeder Arzt, jedes Krankenhaus, jedes Gesundheitsamt wissen, was zu tun ist. Lauterbach forderte eine „Zeitenwende für das Gesundheitswesen.“

## 1. Schlagschatten der Zeitenwende

Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages führt eine Liste mit Notstandsgesetzen und Verordnungen, die für die Zeitenwende auf den Weg gebracht werden sollen. Darunter finden sich: ein Arbeitssicherstellungsgesetz (ASG), ein Verkehrssicherstellungsgesetz (VerkSiG), das Wirtschaftssicherstellungsgesetz (WiSiG), das Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz (ZSKG), eine Verordnung zur Sicherstellung des Straßenverkehrs (StrVerkSiV), die Verordnung zur Sicherstellung des Seeverkehrs (SeeVerkSiV), die Verordnung

über die Sicherstellung der Elektrizitätsversorgung (EltLastV), eine Mineralölbewirtschaftungs-Verordnung (MinÖlBewV), eine Verordnung zur Sicherstellung des Eisenbahnverkehrs (EBSiV), die Verordnung zur Sicherstellung des Luftverkehrs (LuftVerkSiV).

Noch nicht erwähnt wird vom wissenschaftlichen Dienst das für dieses Jahr geplante Gesundheitssicherstellungsgesetz. Der umfassende Charakter der geplanten Sicherstellungsgesetze macht aber deutlich, dass der Versuch, eine Zeitenwende in allen gesellschaftlichen Bereichen umzusetzen, auch eine ganze Reihe von juristischen Bezügen hat. Dabei gibt es neben arbeitsrechtlichen Fragen auch verfassungsrechtliche Aspekte. Auf diese soll hier der Schwerpunkt gelegt werden.

## 2. Dienstpflicht im Krankenhaus

Es wurde schon während der Covid-19-Pandemie diskutiert, ob medizinisches Personal gegen seinen Willen zum Dienst verpflichtet werden könne, um die Versorgung sicherzustellen. In § 15 des Entwurfs für ein Pandemiegesetz in Nordrhein-Westfalen war eine solche Möglichkeit zur Dienstverpflichtung vorgesehen. Soweit das zur Bewältigung der Pandemie nötig sei, sollten die Behörden medizinisches Personal zur Erbringung von Dienst-, Sach- und Werkleistungen an Einrichtungen der medizinischen oder pflegerischen Versorgung verpflichten können. Problematisch war dies, weil Art. 12 Abs. 2 GG den Arbeitszwang verbietet. Dort heißt es: „Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rah-

men einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.“ In der Rechtsprechung des BVerfG wurden kleinere Verpflichtungen, wie etwa eine Steuererklärung zu machen, nicht als Arbeitszwang begriffen. Der Arbeitseinsatz in einer Pandemie oder während eines Krieges würde aber vom Umfang her unter den Arbeitszwang fallen.

Nun wird eingewendet, dass das Verbot des Arbeitszwanges den Schutz der Menschenwürde bezweckt und das Abgleiten in eine Diktatur verhindern solle, was mit Dienstpflichten in einer Pandemie nicht zu befürchten sei. Aber das BVerfG hat strengere Maßstäbe formuliert, weil Art. 12 GG explizit und ausschließlich herkömmliche allgemeine, gleiche Dienstleistungspflichten vom Verbot ausgenommen hat. Dazu zählt etwa die Verpflichtung zu Feuerwehrübungen in kleineren Gemeinden, nicht aber die Arbeit im Krankenhaus, schon deshalb, weil es keine allgemeine und gleiche Verpflichtung wäre. Der Gesetzgeber in NRW hat deshalb darauf verzichtet, eine Dienstpflicht für medizinisches Personal zu statuieren.

Im Ergebnis lässt sich feststellen, dass eine Dienstpflicht für medizinisches Personal in einer Pandemie gegen das Verbot des Arbeitszwanges verstößt.

## 3. Dienstpflichten, Grundrechte und Krieg

Im verfassungsrechtlich vorgesehenen Ausnahmezustand ist dagegen eine Suspendierung der Grundrechte in stärkerem Maße möglich. Das Grundgesetz unter-



WERBEPLAKAT  
DER BUNDESWEHR,  
DEZEMBER 2025

scheidet explizit zwischen Verteidigungsfall und Spannungsfall. Die Juristen haben sich überdies den sog. Zustimmungsfall ausgedacht oder in das Grundgesetz hineininterpretiert. Grundrechte können – das hat Corona gezeigt – eingeschränkt werden, wenn es um den Schutz anderer Rechtsgüter geht und ihre Einschränkung verhältnismäßig erfolgt. Das gilt auch im Falle von Naturkatastrophen und Unglücksfällen. Verkehrsteilnehmer\*innen müssen z.B. Straßensperren hinnehmen, wenn eine Bombe entschärft oder ein Unfallort geräumt werden muss.

### a) Verteidigungsfall

Der Verteidigungsfall liegt vor, wenn das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar bevorsteht (Art. 115a GG). Der Verteidigungsfall wird vom Bundestag festgestellt und bedarf dort einer doppelten Mehrheit (zwei Drittel der abgegebenen Stimmen und mindestens die Mehrheit der Mitglieder des Bundestages) sowie der Zustimmung im Bundesrat. In dringenden Fällen kann auch ein „Gemeinsamer Ausschuss von Bundesrat und Bundestag“ mit gleichen Mehrheiten entscheiden.

Im Verteidigungsfall können Grundrechte in erheblichem Maße eingeschränkt werden (Art. 12a GG). Kriegsdienstverweigerer können im Verteidigungsfall zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden. Eingeschränkt wird diese Möglichkeit der Dienstverpflichtung im öffentlichen Dienst auf hoheitliche Aufgaben

– vor allem Polizei – und in privaten Arbeitsverhältnissen nur, soweit der lebensnotwendige Bedarf oder der Schutz der Zivilbevölkerung es verlangen (Art. 12a Abs. 3 GG).

Außerdem betrifft diese Regelung nur Männer, da Frauen nach geltender Rechtslage nicht zum Wehrdienst verpflichtet werden können, also den Kriegsdienst nicht verweigern müssen oder können. Allerdings können Frauen wie Männer im Verteidigungsfall zu zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation herangezogen werden, also zum Dienst in Krankenhäusern oder anderen medizinischen Einrichtungen verpflichtet werden. Die Berufsfreiheit kann dazu für alle Geschlechter eingeschränkt werden (Art. 12a Abs. 4 und 6 GG).

### b) Spannungsfall und Zustimmungsfall

Der Spannungsfall liegt vor im Falle konflikthafter Beziehungen zu einem anderen Staat, die möglicherweise in den Verteidigungsfall münden (Vorstufe zum Verteidigungsfall). Vom Spannungsfall ist der Zustimmungsfall zu unterscheiden, der vorliegt, wenn der Bundestag Grundrechtseinschränkungen zustimmt. Beides wird in Art. 80a GG normiert. In beiden Fällen muss die Entscheidung mit einer 2/3 Mehrheit im Bundestag getroffen werden. Allerdings können im Bündnisfall auch internationale Organe, d.h. vor allem die NATO, den Spannungsfall erklären. Auch im Spannungs- und Zustimmungsfall kann die Berufsfreiheit eingeschränkt und Menschen zu Dienstleistungen im medizi-

nischen Bereich und sogar zu einer vorbereitenden Ausbildung verpflichtet werden (Art. 12a Abs. 5 und 6 GG).

Diese vergleichsweise weitreichende Einschränkungsmöglichkeit der Berufsfreiheit und die Ausnahme vom Verbot des Arbeitszwanges wurden 1968 mit den Notstandsgesetzen ins Grundgesetz eingefügt. Diese waren damals höchst umstritten und ein Kristallisationspunkt für den Protest der Studentenbewegung. 50 Jahre schlummerten die Artikel unbemerkt vor sich hin. Mit den auf breiter Front vorbereiteten Veränderungen unter dem Schlagwort der „Kriegstüchtigkeit“ erlangen sie heute die Aktualität, die damals befürchtet wurde. Dass es bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen schwierig sein wird, im Bundestag eine Zweidrittelmehrheit zu organisieren, lässt sich aber nicht als wirklichen Hoffnungsschimmer begreifen. Wirksamer wäre es, wenn sich aus den Bewegung junger Menschen gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht oder auch der berufsspezifischen Mobilisierung der IPPNW und anderer Organisationen gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens ein Protest in nennenswerten Umfang formieren würde.

**Die Quellen zu diesem Artikel finden Sie unter:** [ipnw.de/bit/kriegsmodus](http://ipnw.de/bit/kriegsmodus)

Andreas Fisahn  
ist Professor  
für Öffentliches  
Recht, Umwelt-  
und Technikrecht,  
Rechtstheorie  
an der Univer-  
sität Bielefeld.



# Normalfall Haft

— Geschlossene Lager, Hausarrest, Leistungszug: Die neue Realität für Geflüchtete in Deutschland —

„Auf unserer Plastikkarte steht ein „D“, für „Dublin“. Jeder weiß, dass wir die zukünftig nach Polen Abzuschiebenden sind. Wir werden anders behandelt als die anderen im Lager. (...) Es ist beschämend für uns. Wir werden gezwungen, in einen speziellen Bereich zu ziehen und haben noch weniger Privatsphäre (...) Es ist uns verboten, das Lager von 22 Uhr bis 6 Uhr morgens zu verlassen. Wir stehen also unter Hausarrest. Wir bekommen bisher keine finanzielle Unterstützung in Form von Taschengeld. Einige von uns leben seit drei Monaten hier, ohne Geld zu bekommen. Wir sind nicht in der Lage, Anwälte, Kleidung und andere notwendige Dinge zu finanzieren. Unter uns gibt es Frauen mit Babys, die unbedingt Unterstützung brauchen. Das Migrationsamt erlaubt uns nicht, Eisenhüttenstadt zu verlassen. Wir leiden und sind in ständiger Angst und Furcht vor Abschiebung, weil wir häufig unangekündigte Polizeibesuche bekommen.“

So steht es in einem offenen Protestbrief den zwei Geflüchtete aus dem sogenannten „Dublin-Zentrum“ in Eisenhüttenstadt im Sommer 2025 schrieben. Das Zentrum ist eins von zwei Pilotprojekten in Deutschland. Mit der Einführung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) ab Juni 2026 in Deutschland könnten diese Verhältnisse bald zur Regel werden.

Mit dem GEAS-Anpassungsgesetz – der Anpassung des nationalen Rechts an das GEAS – steht die tiefgreifendste Änderung des deutschen Asylrechts seit 1993 bevor. 2024 beschloss die EU eine Reform mit neuen, stark grund- und menschenrechtsrelevanten Regelungen, u.a. zur Inhaftnahme – auch von Familien mit Kindern und Menschen mit Behinderungen. Menschenrechtsorganisationen wie Pro Asyl bezeichneten dies als „historischen Tiefpunkt im Flüchtlingschutz“. Die EU-Staaten müs-

sen ihr nationales Recht bis Juni 2026 anpassen. Die Bundesregierung spricht von „europäischer Harmonisierung“ und effizienteren Verfahren. Doch der Geist der Reform ist leicht zu erkennen: mehr Inhaftierungen, mehr Leistungskürzungen für Geflüchtete und mehr Verfahren mit dem primären Ziel schneller Abschiebungen. „Es drohen systematische Rechtsverletzungen und eine weitere Verschärfung von Verfahrens- und Versorgungslücken – mit gravierenden Folgen für die Betroffenen und absehbar erheblicher Mehrbelastung der Gerichte“, erklärte Sophia Eckert von Handicap International in der Bundestagsanhörung.

Die verbleibenden Spielräume für eine möglichst menschenrechtskonforme Umsetzung wurden nicht genutzt. Weit über die EU-Vorgaben hinaus geht etwa die Schaffung von „Aufnahmeeinrichtungen zur Durchführung von Verfahren bei Sekundärmigration“, die nicht auf Aufnahme, sondern auf Kontrolle und Abschiebung ausgerichtet sind. In diesen von der Außenwelt isolierten Sondereinrichtungen sollen Asylsuchende und anerkannte Geflüchtete untergebracht werden, die bereits in einem anderen EU-Staat registriert sind – aufgrund der geographischen Lage Deutschlands fallen faktisch die meisten in diese Gruppe. Die verpflichtende Unterbringung soll bis zu 24 Monate für Erwachsene und 12 Monate für Familien mit Kindern dauern und damit länger als in regulären Aufnahmeeinrichtungen. Ärzte der Welt stellte seine medizinischen Angebote in einem vergleichbaren Zentrum in Bayern wegen unverträglicher „krankmachender Bedingungen“ ein. Die Bundestagsabgeordnete Clara Bünger (Linke) wirft der Koalition vor, mit den Sekundärmigrationszentren „ein neues System geschlossener Lager“ zu schaffen.

## Mehr Inhaftierungen

In allen geplanten Sammelunterkünften soll künftig ein „Verlassensverbot“ möglich sein, begründet mit „Fluchtgefahr“. Da diese bei allen Schutzsuchenden pauschal unterstellt wird, solange sie nicht das Gegenteil beweisen, dürften Freiheitsbeschränkungen zur Regel werden. Für Familien und Personen im laufenden Asylverfahren soll das Verbot nur nachts (22–6 Uhr) gelten, für alle anderen auch tagsüber. Hinzu kommt, dass bei Verstößen gegen das Verlassensverbot oder andere Auflagen eine reguläre Haft – die neu geschaffene „Asylverfahrenshaft“ – angeordnet werden kann; in bestimmten Fällen ist sogar die Inhaftierung von Kindern vorgesehen.

Geflüchtete müssen sich zudem jede Abwesenheit genehmigen lassen. Erlaubt werden Ausgänge nur bei „zwingend sittlich gebotenen Verpflichtungen“ – einer unbestimmten Formulierung, die der Behörde weiten Ermessensspielraum lässt. Medizinische Gründe sind nicht als Regelbeispiele genannt. Handicap International befürchtet daher, dass „absehbar etwa Arzt- oder Therapiebesuche sowie Termine mit Rechtsanwält\*innen nicht genehmigt werden“. Gleichzeitig wird zivilgesellschaftlichen Unterstützungsstrukturen, etwa unabhängiger Rechtsberatung, der Zugang weiter erschwert.

## Asylgrenzverfahren

Neu ist das Asylgrenzverfahren, das das bisherige Flughafenverfahren ersetzt und ausweitet. Es handelt sich um Schnellverfahren an EU-Außen- und Binnengrenzen. EU-weit sind mindestens 30.000 Plätze vorgesehen; Deutschland muss nach dem Umsetzungsbeschluss der Kommission 374 Plätze für das Außengrenzverfahren bereitstellen.



Die Verfahren gelten für einen nicht begrenzten Teil der Ankommenden; auch vulnerable Gruppen fallen darunter. Schutzsuchende werden bis zu drei Monate in de facto geschlossenen Zentren festgesetzt und gelten rechtlich als „nicht eingereist“. Damit gehen eingeschränkter Rechtsschutz, kaum Zugang zu Rechtsberatung und begrenzte medizinische Versorgung einher. Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen, wie etwa Pro Asyl, kritisierten bereits 2024, Grenzverfahren seien mit fairen Asylverfahren unvereinbar. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAfF) verweist zudem auf „regelmäßig starke psychische und physische Belastungen“, die auch langfristige gesundheitliche Folgen haben können.

An das Grenzverfahren kann sich ein bis zu dreimonatiges „Rückführungsgrenzverfahren“ anschließen. Flankiert wird dies durch verfassungs- und menschenrechtlich bedenkliche Regelungen zur Einstufung sicherer Herkunftsstaaten per Rechtsverordnung sowie zur Übernahme und Ausweitung des Konzepts sicherer Drittstaaten – mit dem Ziel, möglichst wenige Schutzsuchende aufzunehmen und möglichst viele rasch abzuschicken.

### Keine Schutzgarantien für vulnerable Gruppen

Verbindliche Schutzzusagen für vulnerable Gruppen – darunter Kinder, Menschen mit Behinderungen, Schwangere, ältere Menschen und LGSBTI\*-Personen – fehlen im Gesetzentwurf weitgehend. Nach Schätzungen von Handicap International haben mindestens 10–15 Prozent der Asylsuchenden eine Behinderung, darunter fallen nach der UN-Behindertenrechtskonvention auch Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen, chronischen Erkrankungen wie Diabetes oder Krebs, Traumata, psychosomatischen Beschwerden oder Angststörungen. Jüngere Studien zeigen zudem bei über 30 Prozent der Schutzsu-

chenden posttraumatische Belastungsstörungen, mitbedingt durch massive Gewalterfahrungen auf Fluchtrouten, auch durch Grenzschutz und Polizei.

Das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) kritisiert, dass bedarfsgerechte Unterbringung und Schutzkonzepte lediglich als Soll-, nicht als Muss-Vorschriften ausgestaltet, Kinder nicht grundsätzlich von Haft ausgenommen und Personen mit Behinderungen unzureichend vor Inhaftierung geschützt werden. Ein neuralgischer Punkt ist dabei ein geeignetes Identifizierungserfahren (Screening), damit Vulnerabilitäten frühzeitig und zuverlässig erkannt und besondere Bedarfe ermittelt und für die gesamte Verfahrensdauer sichergestellt werden können. Die bisher vorgeschlagenen Regelungen seien dafür unzureichend und die geplante Zuständigkeit der Polizei für das vorläufige Screening an der Grenze sei abzulehnen, so das DIMR weiter. Scharfe Kritik kommt auch von der BAfF: Die Polizei sei für Menschen, die vor Verfolgung und Krieg fliehen, keine geeignete Instanz, um eine „informierte und angstfreie Mitwirkung“ zu ermöglichen.

### Leistungskürzungen

Der Entwurf zum GEAS-Anpassungsgesetz sieht drastische Leistungskürzungen und sogar kompletten Leistungsentzug vor. Schutzsuchende sollen künftig sanktioniert werden, wenn sie Sekundärmigrationszentren unerlaubt verlassen, Meldepflichten verletzen oder die „Ordnung“ in einer Unterkunft „schwerwiegend beeinträchtigen“, wozu auch die Missachtung eines Besuchsverbots zählen kann. Zudem sollen Asylsuchende spätestens zwei Wochen nach Feststellung der Zuständigkeit eines anderen EU-Staates für ihr Verfahren vollständig von Leistungen – einschließlich Essen, Gesundheitsversorgung und Unterkunft – ausgeschlossen werden. Eine entsprechende Regelung war bereits Ende 2024 von zahlreichen Gerichten als europa- und/oder verfassungswidrig bewertet worden.

Für Pro Asyl ist klar: Schutzsuchende sollen so zur „freiwilligen Ausreise“ gedrängt werden – unabhängig davon, ob und wie sie tatsächlich in den zuständigen Staat ausreisen können – oder faktisch in die Obdachlosigkeit geraten. Gesundheitliche Abschiebungshindernisse oder fehlende Papiere stehen einem vollständigen Leistungsentzug nicht mehr grundsätzlich entgegen. Vieles deutet darauf hin, dass die GEAS-Umsetzung in Deutschland Schutzsuchende vermehrt in die Illegalität drängen könnte.

### Weitere Verschärfungen

Während die GEAS-Anpassung noch nicht verabschiedet ist, gehen die Verschärfungen weiter. Im Februar hat das europäische Parlament alle EU-Beitrittskandidaten sowie Kosovo, Bangladesch, Kolumbien, Ägypten, Indien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten deklariert, für die nun beschleunigte Verfahren gelten, in denen die Rechte der Antragsteller\*innen eingeschränkt sind. Außerdem sollen EU-Staaten Geflüchtete bald auch in Drittstaaten abschieben können, zu denen diese keinen Bezug haben. Damit verfolgt die EU das bisher rechtlich gescheiterte Modell der Auslagerung von Asylverfahren hartnäckig weiter. Dass es auch anders geht, hat kürzlich Spanien bewiesen. Entgegen dem migrationsfeindlichen Kurs der EU sollen dort bis zu 500.000 Menschen ohne Papiere die Möglichkeit bekommen, ihren Status zu legalisieren – aus humanitären und volkswirtschaftlichen Gründen.



Anne Jurema ist Referentin für Soziale Verantwortung der IPPNW.

# Unsichtbare Narben

Der Kampf um Erinnerung, Gerechtigkeit und das Erbe der Atomtests in Australien

Karina Lester erzählt, wie die britischen Atomtests der 1950er Jahre in Emu Field ihr Volk, die Yankunytjatjara, krank machten und ihr kulturelles Erbe zerstörten. Ihr Vater Yami Lester war in den 1980er Jahren Teil der Royal Commission on British Nuclear Tests, die die Folgen der Tests und die Verantwortung der britischen und australischen Regierungen untersuchte.

## **Karina, was hat dich dazu gebracht, diese Arbeit aufzunehmen? Woher nimmst du die Energie für deinen Aktivismus?**

Meine Motivation ist einfach: die Geschichte meines verstorbenen Vaters, Yami Lester, am Leben zu erhalten und die Menschen daran zu erinnern, was auf unserem Land in Australien passiert ist. Mein Vater war stark in die Royal Commission zu den britischen Atomtests eingebunden. Ich bin eine Überlebende der zweiten Generation. In Emu Field fanden damals die ersten Tests auf dem australischen Festland statt.

## **Wie haben sich die Atomtests auf Deine Heimat ausgewirkt?**

1953 fanden zwei Atomtests statt: Totem 1 und Totem 2. Sie wurden auf unserem First-Nations- bzw. indigenen Land durchgeführt. Die Yankunytjatjara bewohnten dieses Land, sie jagten, sammelten, praktizierten ihre traditionellen Bräuche, ihre kulturellen Bräuche, und sprachen Yankunytjatjara wangka, ihre Sprache.

Aus diesen gelebten Erfahrungen und den Narben auf dem Land – und sogar den Narben der Menschen, unserer Familie – wollen wir diese Geschichten lebendig halten und an die nächste Generation weitergeben, damit sie sie kennen. Viele Menschen wurden sehr krank, und mein Vater erblindete aufgrund der britischen Atomtests und der schwarzen Wolke, die nach Totem 1 über seine Gemeinschaft zog.

Was damals geschah, ist nicht ständig in unseren Köpfen präsent. Das liegt auch daran, dass wir in sehr isolierten und abgelegenen Gemeinschaften leben. Wir befinden uns ganz im Norden des Bundesstaates South Australia und sind Teil eines Gebiets, das unter dem „Gesetz über Landrechte“ steht – es ist Teil des Verwaltungsgebietes Anangu Pitjantjatjara Yankunytjatjara (APY). Adelaide, die Hauptstadt von South Australia, ist über tausend Kilometer entfernt.

Durch die Abgeschiedenheit haben wir in unseren Gemeinschaften mit vielen weiteren Problemen zu kämpfen. [...] Die Menschen tragen die Geschichten in sich, haben aber oft nicht die Mittel und Wege, sie auch zu vermitteln. Erst wenn man darüber spricht, über die Bombe oder über das, was wir „irati“ nennen – „das Gift“ –, beginnen die Menschen, sich an das zu erinnern, was vor 70 Jahren geschah. Und sie beginnen, ihre Geschichten zu erzählen. [...]

Alle Gemeinschaften im Umkreis der Testgebiete in Emu Field und Maralinga haben solche Geschichten. Wir müssen sie sammeln und zuhören, woran die Berichte der Betroffenen erinnern. Menschen haben mir von Blättern erzählt, die von den Ästen der Bäume brannten. Solche Erinnerungen werden von den Älteren an die nächsten Generationen weitergegeben. Es ist eine große Narbe, die auf dem Land zurückblieb, aber auch der Verlust von viel kulturellem Wissen und den Geschichten,

die in unserem Land eingeschrieben sind. Das ist es, was ich anprangere: Unser immaterielles Kulturerbe ging ebenfalls verloren, als die Atomwaffen auf unserem traditionellen Land detoniert wurden.

## **Das Land konnte nicht mehr genutzt werden...**

Ja, und dabei ist das Land entscheidend für die Bewahrung unserer spirituellen und kulturellen Traditionen. Die Menschen nutzten das Land zur Jagd, aber sie versammelten sich hier auch und boten dar, was wir „inma“ nennen – unseren traditionellen Tanz, unsere feierliche Weitergabe der Geschichten unserer Vorfahren. Das praktizierten sie, erhielten es und gaben es weiter. Bis eines Tages ein Streifenpolizist kam, um uns – beziehungsweise den weißen Viehzüchtern – mitzuteilen, dass die britische und die australische Regierung im Begriff waren, Atomwaffentests auf dem traditionellen Land durchzuführen. Also wurden die Menschen umgesiedelt.

Sie wurden vertrieben oder auf Lastwagen geladen und in südliche Gemeinden oder Orte am Head of the Bight wie Yalata und Ceduna gebracht. Einige Familien landeten sogar in einer Gemeinschaft am Fluss namens Gerard Mission – wir haben in Australien viele Missionen. Viele der alten Aborigines, die in dieser Gegend lebten, wurden umgesiedelt. Sie wurden vertrieben und konnten wichtige Orte nicht mehr aufsuchen und ihre damit verbundenen Darbietungen, ihre Tänze, nicht mehr



## WARNSCHILD IN MARALINGA, AUSTRALIEN

praktizieren. In unserer Kultur sind bestimmte Orte mit Liedern und Geschichten verknüpft, die wir entsprechend vor Ort zelebrieren. Und dann, am 15. Oktober 1953, wurde die erste Atomwaffe gezündet und löschte Kapitel in diesen Geschichten unserer Vorfahren aus.

### **Gab es eine Entschädigung oder Hilfe für die Menschen?**

Die Royal Commission hat der Maralinga-Gemeinschaft eine Art Entschädigung zukommen lassen, und einige Personen erhielten Geldbeträge. Aber weißt du, wenn man so viel verliert... Kein Geld der Welt kann die Sehkräft meines Vaters wiederbringen. Es war also eine schwierige Entscheidung, und es war eine schwierige Zeit für die Familie, das durchzumachen, was Vater in der königlichen Kommission durchgemacht hatte, aber auch seine Lebenserfahrung. Es ist also eine Geschichte, die uns über Generationen hinweg begleitet hat. [...]

### **Und hört jemand Euren Geschichten zu?**

Manche Menschen schon. Aber weißt du, es ist aktuell sehr herausfordernd, nachdem das Referendum „Indigenous Voice to Parliament“ in Australien am 14. Oktober 2023, dem Tag vor dem 70. Jahrestag des Totem-1-Tests, gescheitert ist. Bei der Initiative ging es um die Einrichtung eines beratenden Gremiums, das die Interessen der First Nations in der Politik vertreten sollte. Wir haben alle abgestimmt und am Morgen des Jahrestages lautete die Antwort „Nein“. Australien hat gesagt, dass es die First Nations in diesem Land nicht anerkennt. Das war ein Rückschlag. Viele Menschen waren in die Kampagnenarbeit involviert und hatten große Hoffnung, dass wir als First Nations anerkannt werden.

Trotzdem müssen wir unbedingt weiterhin unsere Geschichten teilen und zeigen, was passiert ist.

Mein Dad hörte im Radio ein Interview mit einem der leitenden Atomphysiker des Testprogramms, Sir Ernest Titterton, der sagte, dass man sich „gut um die Schwarzen gekümmert“ hätte. Vater erinnerte sich und sagte: „Niemand hat sich auch nur irgendwie um die Aborigines gekümmert.“

Es gab nur diesen einen Polizisten, der Tausende von Quadratkilometern abdeckte und nur Englisch sprach, aber nie Yankunytjatjara. Er war dafür verantwortlich, die Leute zu informieren. Dann wurden die Menschen krank. Die nächste medizinische Versorgung für meinen Vater lag 300 Kilometer nordwestlich seines Wohnorts und etwa 250 Kilometer östlich zur Bahnverbindung, um einen Zug nach Port Augusta zu nehmen. Die Zugfahrt dauerte zwei Tage, um medizinische Versorgung zu erreichen. Im Laufe von vier Jahren verlor er sein Sehvermögen und wurde vollständig blind. Das passierte, als er etwa 16 war.

### **Wie sieht Deine Community den Atomwaffenverbotsvertrag?**

Ehrlich gesagt gibt es für meine Gemeinschaft nicht viel Aufklärung über den Atomwaffenverbotsvertrag. Das ist Teil meiner Arbeit: Ich komme zurück nach Australien und kommuniziere mit meiner Gemeinschaft auf Yankunytjatjara, um sie wissen zu lassen, was passiert. Ich berichte auch auf Social Media in meiner Muttersprache, werde aber auch in meine Gemeinschaft zurückkehren und ihnen vom Treffen der Vertragsstaaten erzählen. [...] Es gibt nur eine Handvoll von uns, die im Anti-Atomwaffen-Bereich aktiv sind. Da wir

isoliert leben, haben wir Mühe, Stimmen in die Gemeinschaft zu tragen und sie einzubinden.

Der Vertrag zum Verbot von Atomwaffen ist für mich eine Art der Anerkennung. Es gibt für uns noch viel Arbeit. Ich bin sehr interessiert an den beiden Artikeln 6 und 7 zur Opferhilfe und Sanierung der Umwelt. Australien hat den Vertrag noch nicht unterzeichnet und ratifiziert, es gibt also noch viel Arbeit für uns daheim, um unsere Regierung davon zu überzeugen. [...]

Mich stimmt hoffnungsvoll, dass wir in South Australia schon einen Mechanismus haben, den man „First Nations Voice to Parliament“ nennt. Was wir mit dem Referendum erreichen wollten, war in der Politik auch auf nationaler Ebene eine Stimme zu haben. Regional, in South Australia, gibt es also Hoffnung, dass wir die südaustralische Regierung beeinflussen können, den Schaden anzuerkennen, der unserem Volk, aber auch unserem traditionellen Land, zugefügt wurde.

### **Deutschland ist ein NATO-Staat mit nuklearer Teilhabe. Was möchtest du der deutschen Öffentlichkeit sagen?**

Ihr solltet wissen, was im pazifischen Raum und in Australien passiert ist. Die Atomindustrie ist so groß. Sie baut auf dem Land der First Nations Uran ab, sie hat hier Atomtests durchgeführt, und sie wird noch mehr Land brauchen, um ihren Müll irgendwo zu lagern. Die Menschen der First Nations sind oft davon betroffen. Deshalb: Informiert euch auch darüber, was auf globaler Ebene geschieht.

### **Das Gespräch finden Sie in voller Länge auf Youtube: [ipnw.de/bit/lester](https://ipnw.de/bit/lester)**

Interview: Dr. Inga Blum

# Das Ende von New START

Das letzte bilaterale Rüstungskontrollabkommen ist Geschichte

Die USA und Russland konnten sich vor dem Auslaufen des New START-Vertrages nicht über eine Verlängerung einigen. Damit ist der letzte bilaterale atomare Rüstungskontrollvertrag Geschichte. Erstmals seit 50 Jahren gibt es damit keine Begrenzung der Zahl der Atomwaffen und keine Kontrollmechanismen zwischen den beiden nuklearen Großmächten.

Russland und die USA besitzen rund 87 Prozent der 12.241 Atomwaffen weltweit. Seit dem Inkrafttreten des ersten bilateralen Rüstungskontrollvertrags über die strategischen Atomwaffenarsenale (SALT I) 1971 unterliegen beide Staaten rechtlich verbindlichen Vereinbarungen über die Zahl der strategischen Atomwaffen, die sie zum Einsatz bereithalten dürfen. Der Mittelstreckenraketenvertrag (INF) von 1988 und der START-I-Vertrag von 1994 galten als sehr erfolgreich, da sie das Wettrüsten des Kalten Krieges stoppen konnten. Als START-I 2009 auslief, schlossen Barack Obama und Dmitri Medwedew im April 2010 den New-START-Vertrag ab, der die Zahl der strategischen Atomwaffen auf 1.550 Stück für jedes Land begrenzte.

New START trat am 5. Februar 2011 in Kraft und hatte eine Dauer von zehn Jahren. 2021 drohte er ohne Nachfolger auszulaufen und wurde damals durch die Wahl Bidens zum US-Präsidenten gerade noch rechtzeitig für fünf weitere Jahre gerettet.

UN-Generalsekretär António Guterres reagierte auf das Auslaufen des Vertrages mit der Feststellung: „Das Risiko eines Einsatzes von Atomwaffen ist so hoch wie seit Jahrzehnten nicht mehr“. Ohne eine rechtliche Begrenzung der Atomwaffen der beiden Großmächte droht ein zügelloses Wettrüsten, das nicht nur die Entwicklung



Foto: Hendrik Haßel

neuer Typen bedeuten würde, sondern auch insgesamt größere Arsenale. Damit kehren wir zurück in eine Zeit des kostspieligen Hochrüstens, wo zahlenmäßige Parität als „strategische Stabilität“ verstanden wird. Die Rüstungskontrolle hatte von Anfang an das Ziel, dieses nukleare Wettrüsten zu beenden und künftig zu verhindern. Darüber hinaus enthält der Nichtverbreitungsvertrag die Verpflichtung, abzurüsten: „Jede Vertragspartei verpflichtet sich, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle.“

Die fehlenden Schritte einer ernsthaften nuklearen Abrüstung beklagen die Nichtatomwaffenstaaten im NVV schon lange. Mit der Beendigung der bilateralen Rüstungskontrolle könnten die Vertragsparteien kritisieren, dass die USA und Russland den NVV gar nicht mehr einhalten. Damit ist auch dieser Vertrag in Gefahr.

Der Verein Deutscher Wissenschaftler\*innen schlägt mögliche Schritte vor, um „das sicherheitspolitische Umfeld wieder günstig für weitreichende Friedensverhandlungen zu machen“. Der erste Schritt wäre eine Erklärung der Präsidenten der USA und Russlands, „die zentralen Regeln und Obergrenzen des New START-Vertrags einzuhalten und Verhandlungen über strategische Stabilität zu beginnen“. Um China einzubinden, schlagen sie eine „Erklärung der P3“ – China, Großbritannien und Frankreich – vor, dass sie ihre Arsenale einfrieren, sobald die USA und Russland dies ebenfalls nachprüfbar erklären. Es lohnt sich, das Papier des VDW im Detail zu lesen.

Mehr Infos auf „Atomwaffen A-Z“:  
[www.atomwaffena-z.info](http://www.atomwaffena-z.info)



Xanthe Hall ist Redakteurin der Webseite „Atomwaffen A-Z“.



# Im Schatten von Tschernobyl

Strahlenschutz: Das Belrad-Institut unterstützt Betroffene in Belarus

**Manch einer in Belarus hat 2016 wahrscheinlich aufgeatmet, erleichtert, dass die Halbwertszeit von Cäsium abgelaufen war – sie beträgt etwas mehr als 30 Jahre. Doch was bedeutet das konkret?** Die Menge an Cäsium-137 aus Tschernobyl hat sich um die Hälfte verringert. Die vom Belrad-Institut gesammelten Daten deuten darauf hin, dass es mit Blick auf die Zukunft immer noch gefährlich ist, Lebensmittel zu konsumieren, die in kontaminierten Gebieten gesammelt wurden. Und müssen wir jetzt nur weitere dreißig Jahre warten, um endlich die leeren Gebiete wieder zu besiedeln und unbesorgt durch die Wälder von Polesien zu spazieren? Leider lautet die Antwort auch hier „nein“. Tatsache ist, dass der radioaktive Zerfall exponentiell und nicht linear verläuft, das heißt, in 30 Jahren zerfällt immer nur die Hälfte des Cäsiums, das aus dem vorangegangenen 30-Jahres-Zeitraum verblieben ist.

**Wie viele Menschen sind in Belarus noch betroffen?** Wir können uns grundsätzlich auf die offiziellen Statistiken beziehen, denen zufolge im April 2024 rund 980.000 Menschen in kontaminierten Gebieten in Belarus lebten, darunter 185.000 Kinder. Nach unseren Schätzungen sind die tatsächlichen Zahlen aber höher, da in letzter Zeit viele Siedlungen für „sauber“ erklärt wurden.

**Wie wirkt sich die vor 40 Jahren freigesetzte Strahlung auf die Gesundheit der Menschen heute aus?** Leider gibt es zu diesem Punkt keine offiziellen Statistiken. Seit 2008 ist es uns und vielen medizinischen Einrichtungen in Belarus verboten, zusammenzuarbeiten, aber wir können uns auf ältere Forschungsergebnisse beziehen. Schließlich belegen hunderte unabhängige Studien, dass selbst geringe Strahlendosen Auswirkungen auf lebenswichtige Organe von Menschen, insbesondere von Kindern,

haben. Es gibt einen Anstieg von Krebs-erkrankungen, Herzerkrankungen usw.

**Wie kann man die Menschen schützen, die immer noch von der Strahlung betroffen sind?** Der beste Weg, Menschen zu schützen, ist die Einhaltung aller genannten Strahlenschutzmaßnahmen – zum Beispiel radiometrische Kontrolle, der Ausschluss kontaminierter Lebensmittel aus der Ernährung und die spezielle Zubereitung von Lebensmitteln. Selbst mit radioaktivem Cäsium kontaminierte Lebensmittel können bis zu einem gewissen Grad gereinigt werden.

Manchmal erlaubt es die finanzielle Situation der ländlichen Bevölkerung nicht, ihre Ernährung umzustellen und gefährliche Produkte daraus zu verbannen. Leukozytenmessungen und die Entfernung von Cäsium aus dem Körper sind (dann) weitere Maßnahmen. Mit unserem Hauptlabor in Minsk führen wir von Belrad Messungen von Lebensmitteln (Cäsium-137 und Strontium-90) durch. Wir verfügen über ein Netz von 13 öffentlichen Laboren in allen kontaminierten Regionen von Belarus. Neun dieser Labore befinden sich in Schulen und dienen auch als „Radiologie-Clubs“ für Schulkinder.

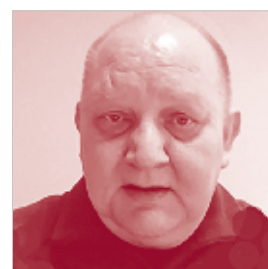
Wir können bei Kindern und Erwachsenen in Schulen oder am Arbeitsplatz Messungen durchführen – in allen Regionen von Belarus. Unsere Kapazitäten ermöglichen es, täglich bis zu 300 Personen zu messen. Die Ergebnisse liegen immer sofort vor. Wir führen darüber hinaus auch wissenschaftliche und pädagogische Projekte durch.

**Können Sie ein Beispiel dafür geben, wie Ihre Arbeit in einem Dorf aussieht?** Unser Team kommt in die Dorfschule. Es misst, wie viel Cäsium-137 die Kinder in ihrem Körper haben. Die Ergebnisse werden der Schulverwaltung und der Bezirksregierung vorgelegt, damit die Kinder mit den höch-

sten Werten in Sanatorien rehabilitiert werden können. In jedem Fall werden auch die Eltern befragt. Kinder mit hohen Werten erhalten Vitapect kostenlos. Nach einem Monat kommt das Team zur Nachmessung.

Die besten Ergebnisse werden im Rahmen von Gesamtbetreuungsprojekten erzielt. Das bedeutet, dass wir in der Dorfschule ein öffentliches Labor haben, in das die Kinder einbezogen werden. Wir kommen mehrmals im Jahr, um die Kinder zu messen und zu behandeln. Außerdem besteht die Möglichkeit einer Rehabilitation der Kinder in Sanatorien in Belarus oder im Ausland.

**Wie wichtig sind internationale Partner und Unterstützung für Belrad?** Seit 2004 erhält Belrad keine finanzielle Unterstützung mehr von der Regierung. Die Haltung der belarussischen Regierung gegenüber belarussischen NGOs ist ja bekannt, daher ist internationale Unterstützung die einzige Möglichkeit, unsere Arbeit fortzusetzen und zu überleben. Wir sind unseren Unterstützern sehr dankbar. Seit letztem Jahr ist übrigens die IPPNW Schweiz einer unserer Sponsoren. Wir können die Situation nicht vollständig ändern und handeln in kleinen Schritten, aber jeder einzelne davon hilft einigen Menschen in Belarus, gesünder zu werden und erhöht ihre Chance auf ein normales Leben mit weniger Strahlenbelastung. Je besser wir uns zusammenschließen, desto mehr können wir erreichen.



Alexey Nesterenko ist Direktor des Instituts „Belrad“.



NAHE DER RUINE VON FUKUSHIMA DAI-ICHI: SCHWARZE SÄCKE MIT VERSTRAHLEMTEM BODEN STEHEN AUFGEREiht UND NUMMERIERT ENTLANG DER HAFENMAUER.

Foto: Dr. Alex Rosen



EINE AUTOBAHNRASTSTELLE IN DER PRÄFECTUR FUKUSHIMA: AUF DER ANZEIGE DIE AKTUELLE ORTSDOSISLEISTUNG

Foto: Dr. Alex Rosen



Die Dokumentation der IPPNW-Tagung „40 Jahre Tschernobyl, 15 Jahre Fukushima“ finden Sie hier: [ippnw.de/atomenergie](http://ippnw.de/atomenergie)

# Eine Reise durch Fukushima

Zwischen Dekontamination und Verdrängung: Ein Bericht über die Situation vor Ort

Vom Werkstor des havarierten AKW Fukushima Dai-ichi durch geisterhafte Ortschaften bis zur Präfekturnhauptstadt im Westen, wo ich der medizinischen Hochschule einen Besuch abstattete: Auf der Suche nach Fakten und Erkenntnissen zu den Folgen der Atomkatastrophe fuhr ich im September 2025 für einige Tage durch die Präfektur Fukushima. Dies ist mein Bericht.

**A**uf der Autobahn von Tokio nach Norden entlang der Küste sehe ich die übliche japanische Mischung aus Tradition, Moderne und spektakulärer Natur, die ich schon von meinen früheren Reisen ins Land kenne: rechts das Meer, links die bewaldeten Berge und in der Ebene dazwischen Reisfelder und kleine Dörfer. Aber etwas auf dieser Autobahn ist anders: Unter den Autobahnschildern, die quer über der Fahrbahn hängen, sind schmale elektronische Tafeln angebracht. Sie präsentieren eine etwas eigenartige Zahl für den interessierten Autofahrer: die lokale Ortsdosisleistung in Mikrosievert pro Stunde. Alle fünf Kilometer bekommt man diese nützliche Information geboten. Die Werte steigen in der Tendenz, bis man etwa auf Höhe der Kraftwerksruine ist, und fallen danach wieder, wenn man sich nach Norden entfernt. Willkommen in Fukushima!

Nach einer Nacht in der Kleinstadt Minamisoma, die knapp außerhalb der ehemaligen Evakuierungszone liegt, geht es mit dem Auto in Richtung Küste. Die Evakuierungsorder sind mittlerweile längst aufgehoben, ganz frei kann man sich hier dennoch nicht bewegen: Immer wieder stößt man auf abgesperrte Straßen und Checkpoints, an denen man höflich, aber bestimmt zum

Umdrehen animiert wird. Die Gegend einige Kilometer rund um das AKW gleicht dabei mancherorts einem Ameisenhaufen: Tausende von Arbeitern in weißen Ganzkörperanzügen führen Dekontaminationen durch, reißen Gebäude ein, bauen Straßen oder verstärken die Tsunami-Abwehranlagen. Denn während anderswo entlang der Küste Villen, Strandbars, Flaniermeilen oder Hotelanlagen gebaut werden, hat sich das Leben in der Präfektur Fukushima ein bis zwei Kilometer von der Küste zurückgezogen. Wo einst laut Navigationssystem kleine Dörfer, Felder, Fischerhäfen oder Shinto-Schreine standen, zieren jetzt große Deichanlagen, Zement-Bollwerke, Wellenbrecher und frisch gepflanzte Nadelbaumkolonien die Landschaft.

## Fukushima Dai-ichi

Etwa 2 km nördlich der AKW-Ruine halte ich an einem alten Hafen, der menschenleer ist bis auf drei Arbeiter in weißen Ganzkörperanzügen, die gerade ein altes Lagerhaus dekontaminieren. Von hier kann man entlang der Küste nach Süden gut die Reaktoren von Fukushima Dai-ichi sehen, Kräne und die Kaimauern im Meer. Irgendwo da unten wird immer wieder radioaktiv kontaminiertes Wasser ins Meer geleitet, da angeblich der Platz an Land nicht mehr

ausreicht. Schließlich müssen bis heute die havarierten Reaktorkerne täglich mit kühlem Wasser geflutet werden, um einen erneuten Brand und Explosionen zu verhindern. Ein Teil dieses Kühlwassers kann wieder aufgefangen und anschließend dekontaminiert werden, der Rest sickert einfach so ins Meer und ins Grundwasser. Heute ist das Meer friedlich und ruhig. Es fällt schwer, sich vorzustellen, dass hier vor wenigen Jahren eine der größten Atomkatastrophen der Menschheitsgeschichte stattgefunden hat. Dann fallen mir mehrere Dutzend große, schwarze Säcke auf, die sorgfältig aufgereiht und nummeriert entlang der Hafenanlage stehen. Sie sind mit Erde gefüllt, verstrahltem Boden, der abgetragen und hier am Hafen zwischengelagert wird – offen, dem Wind und den Gezeiten ausgesetzt.

Ich fahre weiter auf der Straße, die direkt zum AKW führt. Am Eingang des Geländes stehen ein paar gelangweilte Sicherheitsleute, die mich abweisen, während ein Strom von LKWs ein- und ausfährt. Rund um das Kraftwerk sind kilometerweit nur grasbedeckte Freiflächen und ein paar bewaldete Hügel. Weshalb der Betreiber TEPCO meint, dass hier kein Platz mehr für die Lagerung von kontaminiertem Wasser sei, erschließt sich mir nicht.



Ein paar hundert Meter südlich des Kraftwerksgeländes, auf einem kleinen Hügel mit Blick auf den Ozean, halte ich an einem alten Shinto-Schrein, an dem jemand erst kürzlich kleine Blitze aus Papier aufgehängt hat – ein Zeichen der göttlichen Energie. Ich stelle mir vor, dass Arbeiter aus dem Kraftwerk nach Feierabend hier hinkommen, um zu meditieren oder einfach den Blick aufs Meer zu genießen. Dasselbe Meer wirkt auf mich trotz des sonnigen und windstillen Wetters hier bedrohlich und fremd. Als könnte jederzeit erneut ein Seebeben einen Tsunami auslösen und diesen Ort mit meterhohen Wellen überziehen. Könnte es ja auch. Das havarierte Kraftwerk mit seinen immer noch nicht geborgenen geschmolzenen Brennstäben, den hunderten von Containern mit radioaktivem Abwasser und den behelfsmäßig hochgezogenen Schutzvorrichtungen rund um die Unglücksreaktoren wäre das einzige Gebäude, das getroffen werden würde. Etwas nervös fahre ich weiter.

### Tomioka

In Tomioka herrscht reger Betrieb: Arbeiter schlürfen in Schnellimbissen dampfende Nudelsuppen, der große Parkplatz vor dem Heimwerkerladen ist voll mit Fahrzeugen mit Ladeflächen und Anhängern. Der Verkehr läuft stetig entlang der Hauptstraße, die wie in US-amerikanischen Kleinstädten schnurgerade durch den Ortskern zieht. Erst nach einiger Zeit fällt auf, was fehlt: Die Bevölkerung scheint ausschließlich aus jungen Männern zu bestehen, die allesamt Arbeiterkleidung tragen. Es gibt keine Frauen, keine Kinder, keine alten Menschen. Die überall aus dem Boden sprießenden doppelstöckigen Wohnblöcke, die Restaurants, Läden und Tankstellen – sie sind voller Arbeiter, aber es gibt keine Bevölkerung mehr. Hier zu leben mit dem ständigen Risiko der Strahlung und der Möglichkeit,

dass ein weiteres Erdbeben eine erneute Atomkatastrophe auslösen könnte, ist für die meisten jungen Menschen undenkbar.

### Futaba

Das neu errichteten Stadtzentrum von Futaba liegt knapp 4 km nördlich der AKW-Ruine: Inmitten einer von staubigen Baustellen dominierten Straßenlandschaft erhebt sich im minimalistisch-modernen Baustil das 2020 eröffnete „Große Ostjapanische Erdbeben und Atomkatastrophen-Gedenk-museum“. Vielleicht besuche ich es nächstes Mal, heute habe ich noch andere Pläne.

### litate

Meine Fahrt führt mich entlang schlängelnder Bergstraßen durch Wälder und grüne Täler und zahlreiche Strahlenmessstationen. Schließlich komme ich in einer Höhe an, über die sich kleine Dörfer der Gemeinde litate ausbreiten. litate wurde besonders intensiv vom radioaktiven Niederschlag getroffen. Die Explosion von Reaktor 2 und der Brand im Abklingbecken von Reaktor 4 führten am 15. März 2011 zu einem massiven Ausstoß von Radioisotopen, die durch den Wind ca. 40 km Richtung Nordwesten durch die Bergtäler getragen wurden. Gegen 18 Uhr schneite radioaktiver Schnee über ganz litate herunter. Da das Dorf außerhalb der 20-km-Evakuierungszone liegt, waren keine Evakuierungsmaßnahmen getroffen worden. Zwei Wochen später zeigten Messungen des japanischen Wissenschaftsministeriums Dosisleistungen von 2-3 Mikrosievert pro Stunde ( $\mu\text{Sv/h}$ ) in Staubproben aus Gebäuden und zwischen 2-44  $\mu\text{Sv/h}$  im Freien. 0,1  $\mu\text{Sv/h}$  wäre ein normaler Wert. Erst am 12. April 2011 verfügte die Regierung, dass litate und vier Nachbarortschaften evakuiert werden sollten. Ende Mai war die Evakuierung größtenteils abgeschlossen –

mehr als sechs Wochen nach dem initialen radioaktiven Niederschlag.

Ich wusste nicht genau, was mich in litate erwarten würde. Im Zentrum des Ortes parke ich auf dem Parkplatz des pompösen, modernen Rathauses. Das Baseballfeld gegenüber scheint verwildert und offenbar seit Jahren nicht genutzt worden zu sein. Der Parkplatz ist leer. Der Ortskern wirkt geisterhaft, bis auf die Fahrzeuge auf den Straßen sieht und hört man hier nichts. Ich besuche die Schule der Gemeinde – ein großer Campus mit etwa 100 Parkplätzen, zwei riesigen Sportfeldern, einem großen Spielplatz und einem Gebäudekomplex, der sicherlich gut 1.000 Schüler\*innen Platz bot. Alles ist leer: kein Auto auf dem Parkplatz, der Spielplatz und die Sportfelder überwuchert von hohem Gras, das Schulgebäude verschlossen. Hier gehen schon lange keine Kinder mehr zum Unterricht oder zum Spielen.

### Fukushima-Stadt

Schließlich komme ich in die Hauptstadt der Präfektur: Fukushima-Shi, eine Großstadt mit rund 280.000 Einwohner\*innen, einer Burg aus der Edo-Zeit, heißen Quellen und Parks sowie einer Universität und einem angegliederten Krankenhaus. Hier besuche ich die Abteilung, wo die Schilddrüsenkrebsuntersuchungen stattfinden. Obwohl Japan über eine sehr lange Forschungstradition verfügt und gute finanzielle Möglichkeiten hat, klinische Untersuchungen durchzuführen, ist diese Schilddrüsenkrebs-Reihenuntersuchung die einzige groß angelegte Studie, die nach dem Super-GAU von Fukushima durchgeführt wurde. Andere Untersuchungen, beispielsweise von Knochenkrebs, Leukämie oder anderen malignen Erkrankungen, gibt es bis heute nicht. Ich will besser verstehen, was es mit dieser Untersuchung auf sich

hat, und besuche daher nicht nur die Universität und das Krankenhaus, wo in einer Untereinheit der endokrinologischen Abteilung die Reihenuntersuchungen durchgeführt werden. Ich treffe mich auch mit ehemaligen Wissenschaftler\*innen, die an den Untersuchungen beteiligt waren.

## Die Fukushima Medical University

Seit 2012 untersucht die Fukushima Medical University in regelmäßigen Abständen die Schilddrüsen von Menschen, die zum Zeitpunkt des Super-GAU in der Präfektur Fukushima lebten und unter 18 Jahre alt waren. In der Erstuntersuchung in den Jahren 2011 bis 2013 fand man 101 bestätigte Krebsfälle, die so aggressiv waren, dass sie operiert werden mussten. Diese unerwartet hohe Zahl wurde von den japanischen Behörden damals mit einem Screening-Effekt erklärt: Bei groß angelegten Reihenuntersuchungen würden mehr Krankheitsfälle identifiziert, als in derselben Bevölkerung und im selben Zeitraum durch symptomatisch werdende Erkrankungen zu erwarten sei. In den darauffolgenden fünf Screeningrunden von 2014 bis 2024 fand man weitere 201 Krebsfälle. Bei diesen Fällen kann ein Screeningeffekt ausgeschlossen werden, denn all diese Menschen waren ja im Vorfeld schon voruntersucht und für kreisfrei befunden worden. Sie müssen die Krebserkrankung also zwischen den Screening-Untersuchungen entwickelt haben.

Bei meinem Treffen mit einigen Ärzten aus Fukushima-Shi lasse ich mir die Ergebnisse der Schilddrüsenuntersuchungen erläutern: Die Gesamtzahl der bestätigten Schilddrüsenkrebsfällen in der betroffenen Population von Kindern und Jugendlichen in der Präfektur beträgt für die Jahre 2012-24 bislang (Stand 30. Juni 2025) 302 Fälle. Unterstellt man die recht unwahrscheinliche Hypothese, dass diese Statistik alle Fälle von Schilddrüsenkrebs in der Präfektur der letzten 14 Jahre umfasst, kommt man auf eine Inzidenz, also eine Rate von Neuerkrankungen, von ca. 7,2 Fällen pro 100.000 pro Jahr. Rechnet man die 101 Schilddrüsenkrebsfälle der ersten Untersuchungsreihe heraus, die unter dem Verdacht des sogenannten Screeningeffekts stehen, bleiben immer noch 201 neu aufgetretene Fälle übrig und man erhält eine Inzidenz von 6,8 pro 100.000 pro Jahr. Die aktuelle Inzidenz von Schilddrüsenkrebs bei Menschen in Japan in dieser Altersgruppe (0-30 Jahre) beträgt laut dem na-



tionalen Krebsregister Japans 2,6 Fälle pro 100.000 pro Jahr. Die tatsächlich gemessene Inzidenz von Schilddrüsenkrebsfällen in der Präfektur Fukushima liegt somit selbst ohne den vermeintlichen Screeningeffekt der ersten Jahre um den Faktor 2,6 höher als zu erwarten. Diese Steigerung an Neuerkrankungen ist hoch signifikant und entspricht mehr als einer Verdopplung der Zahlen von Schilddrüsenkrebsfällen.

Gleichzeitig weiß man heute, dass mindestens 66 Schilddrüsenkrebsfälle in der Präfektur in dieser Zeit diagnostiziert, aber nicht in die offizielle Statistik einbezogen wurden, da sie außerhalb der offiziellen Screeninguntersuchungen, also „unterjährig“ aufgetreten waren – oft aufgrund von symptomatischen Verläufen. Die Dunkelziffer der Schilddrüsenkrebsfälle bei Patient\*innen, die zum Zeitpunkt der Super-GAU Kinder in den verstrahlten Gebieten waren, dürfte deutlich höher liegen. Dies und die kontinuierlich sinkenden Raten an Studienteilnehmer\*innen haben dazu geführt, dass die Studie der Schilddrüsenkrebsfälle mittlerweile wissenschaftlich immer uninteressanter wird, da sie immer weniger die tatsächliche Realität in der Präfektur abbildet: 2011 wurden von rund 368.000 Kindern und Jugendlichen in der Präfektur Fukushima noch 300.000 untersucht. In der letzten abgeschlossenen Untersuchungsreihe (Nr 6. von 2023-24) wurden jedoch nur noch 69.000 Menschen untersucht. Das entspricht nur noch einem Anteil von etwa 19 % der ursprünglichen Studienpopulation. Über 80 % der Betroffenen werden also seit 2023 gar nicht mehr untersucht. Hinter diesem Trend scheint ein

System zu stecken: Mir wurde erklärt, dass die FMU seit Jahren Mitarbeiter\*innen an die Schulen der Präfektur schickt, um dort Kinder über deren „Recht auf Nichtteilnahme“ und das „Recht auf Nichtwissen“ aufzuklären. Somit wird ganz bewusst in Kauf genommen und gefördert, dass Kinder aus der Studie austreten.

Mit vielen neuen Eindrücken im Kopf, gleichzeitig ernüchtert und ehrlich gesagt fassungslos über die surreale Situation vor Ort, verlasse ich Fukushima nach drei Tagen Rundreise in Richtung Nagasaki, wo ich am Weltkongress der IPPNW teilnehme. Die Atomkatastrophe wird natürlich auch hier thematisiert, allerdings etwas anders, als wir das in Deutschland wohl tun würden: Offizielle Vertreter der Regierung und der Ärztekammer erklären, dass es keine messbaren negativen Folgen der Atomkatastrophe gegeben habe und dass die Evakuierungen übertrieben gewesen seien. Das Schlusswort des Plenums spricht der Leiter des „Großen Ostjapanischen Erdbeben- und Atomkatastrophen-Gedenkmuseums“ in Futaba: „Kommen Sie nach Fukushima und sehen Sie mit eigenen Augen, wie lebenswert und schön bei uns alles wieder ist.“ Nun ja, vielleicht nächstes Mal...



Dr. Alex Rosen  
ist Kinderarzt  
und IPPNW-  
Mitglied.

# Vertuscht und verharmlost

— Die systematische Unterdrückung der Forschung verschleiert die wahren Folgen der Super-GAU —

Die Namen Tschernobyl und Fukushima stehen für die beiden größten und verheerendsten zivilen Atomunfälle. Die radioaktive Wolke zog um die ganze Erde und machte Millionen von Menschen über Nacht zu Opfern. Was wissen wir über die gesundheitlichen Folgen, insbesondere der sogenannten „Niedrigstrahlung“? Welche Lehren lassen sich für die zivile und militärische Nutzung ableiten?

Im Vergleich zwischen den beiden großen nuklearen Unfällen Tschernobyl und Fukushima ist festzustellen, dass die Internationale Bewertungsskala für nukleare Unfälle (INES) beiden die Kategorie INES 7 zuweist, also einen katastrophalen Unfall mit erheblicher Freisetzung radioaktiver Stoffe und weitreichenden Auswirkungen auf Menschen und Umwelt. Dennoch gibt es zwischen den beiden Katastrophen markante Unterschiede.

Ein zentraler Unterschied betrifft die Größenordnung des freigesetzten radioaktiven Inventars: Aus dem Tschernobyl-Reaktor entwichen schätzungsweise 5.300 Petabequerel, aus Fukushima etwa 520 Petabequerel radioaktive Stoffe. Für den Tschernobyl-Unfall war entscheidend, dass der Reaktor explodierte und elf Tage lang brannte. Die radioaktiven Substanzen verbreiteten sich mit Wind und Wetter über weite Teile Europas: 36 % der Kontamination betrafen die drei Sowjetrepubliken, 53 % des radioaktiven Inventars kontaminierten Europa und 11 % außereuropäische Länder, so der IPPNW-Report 2016. Beim Fukushima-Unfall ist hingegen prägend, dass auch die Großregion Tokio von der Verstrahlung erfasst wurde und sich 80 % der gesamten Kontamination im Pazifischen Ozean ausbreiteten.

Die sogenannte „Weglass-Methode“ führt dazu, dass das Gesamtausmaß der Umweltkontamination oft unterschätzt wird, da auf Landkarten meist nur ein Teil der Gesamtkontamination dargestellt wird.

## Tschernobyl: Geheimhaltung und Desinformation durch die sowjetische Regierung

Für die Sowjetunion war die Tschernobyl-Katastrophe eine Verschlussache. Ab dem 29. April 1986 tagte im Kreml eine operative Gruppe des Politbüros des ZK der KPDSU, die über einzelne Aspekte des Unfalls 40 geheime Protokolle beschloss. Geheim gehalten wurde insbesondere die Anzahl der strahlengeschädigten Opfer, die in sowjetischen Kliniken untersucht und behandelt wurden. Ihnen wurden verdeckte Diagnosen gestellt, um den Begriff „Strahlenkrankheit“ zu vermeiden.

Das Gesundheitsministerium erhöhte die zulässigen Grenzwerte für betroffene Personen, was erhebliche gesundheitliche Folgen nach sich zog. Auch das Landwirtschaftsministerium setzte die zulässigen Werte für landwirtschaftliche Produkte herauf. So wurden in den kontaminierten Zonen bis 1989 rund 47.500 Tonnen Fleisch und Milch produziert, wodurch insgesamt 75 Millionen Menschen gefährdet wurden.

Alla Jaroshinskaya, eine ukrainische Journalistin und Politikerin, erhielt 1992 den Alternativen Nobelpreis für ihre Recherchen zu Tschernobyl. Das Ausmaß der Geheimhaltung wurde durch ihr Buch „Verschlussache Tschernobyl“ bekannt. Mit der Auflösung der Sowjetunion und den beginnenden demokratischen Prozessen gelang es Jaroshinskaya 1991, Zugang zu den geheim gehaltenen Kreml-Protokollen zu erhalten.

## Belarus: Kritische Wissenschaftler wurden systematisch politisch unterdrückt und sogar inhaftiert

In Belarus wurden mit der Unabhängigkeit der Republik zunehmend wichtige Forschungen zu den Gesundheitsfolgen der Tschernobyl-Katastrophe unterdrückt. Betroffen war etwa der Physiker Vassilij B. Nesterenko, Gründer des Strahlenschutzinstituts Belrad, das unabhängige Messungen zur Strahlenbelastung der Bevölkerung durchführte. Nesterenko wurde wegen seiner Kritik schrittweise die Kontrolle über staatliche Messstellen entzogen. Ein weiteres Beispiel ist der Pathologe Prof. Bandashewsky, Mitgründer der Universitätsklinik in Gomel. Er konnte nachweisen, dass Cäsium-Niedrigstrahlung zu Veränderungen an menschlichen Organen führt, insbesondere zur Akkumulation von Cäsium in Herz, Leber, Niere und Schilddrüse. 1999 wurde Bandashewsky unter dem Verdacht auf Terrorismus und Korruption verhaftet, 2005 entlassen und aus Belarus ausgewiesen. Heute lebt und arbeitet er in Kiew.

## Nachgewiesene Folgeerkrankungen durch radioaktive Strahlung

Als besonders wirksame Strahler gelten Jod 131, Cäsium 137 und Strontium 90. Studien belegen eine Erhöhung des Krebsrisikos, insbesondere für Schilddrüsenkrebs, aber auch für Brustkrebs und andere Krebserkrankungen. Zudem traten bei Liquidatoren vermehrt nicht-kanzerogene Erkrankungen auf, etwa kardiovaskuläre



TSCHERNOBYL: GREENPEACE FÜHRT STRAHLENMESSUNGEN IM KRIEGSGEBIET DURCH (JULI 2022).

KARTE DER CS 137-BELASTUNG IN EUROPÄISCHEN LÄNDERN NACH DEN DATEN DER VON DER EU 1996 DURCHFÜHRTE MESSUNGEN.

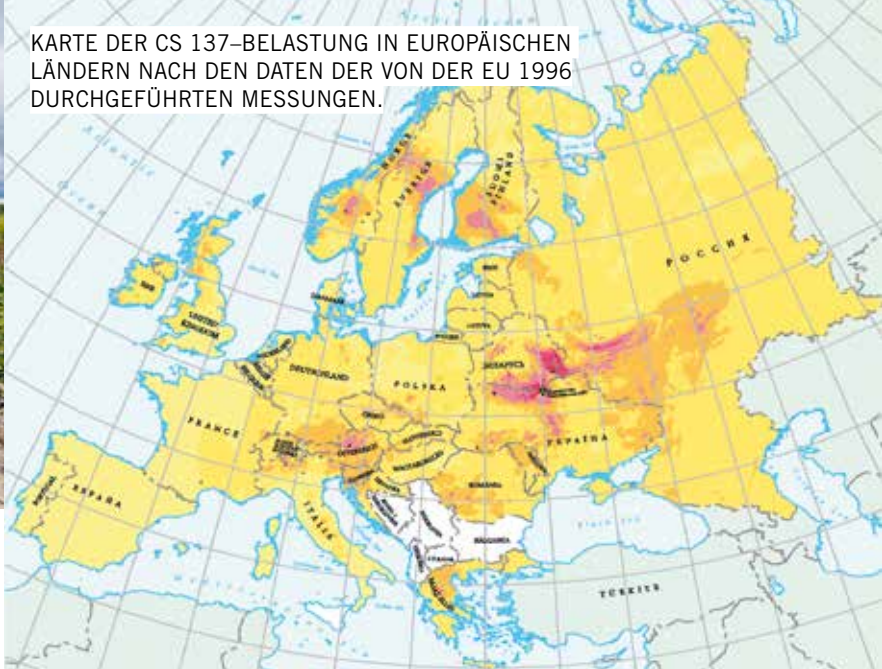


Foto: © Jeremy Sutton-Hibbert / Greenpeace

und zerebrovaskuläre Erkrankungen sowie Katarakte. Diese Befunde decken sich mit internationalen Studien an Arbeitern in Atomfabriken.

Hinsichtlich genetischer Schäden wurde bereits in den ersten Jahren nach der Katastrophe in Weißrussland, der Ukraine und einigen mittel- und osteuropäischen Ländern eine Zunahme von Fehlbildungen, chromosomalen Aberrationen und erhöhter perinataler Sterblichkeit (Totgeburten, Fehlgeburten) registriert. Zahlreiche Studien aus Russland, Weißrussland und der Ukraine deuten zudem darauf hin, dass Strahlung den Alterungsprozess beschleunigen kann. In einer Übersichtsarbeit von 2006 wiesen die ukrainischen Forscher Bebeschko et al. nach, dass der durch ionisierende Strahlung beschleunigte Alterungsprozess als Modell für das normale Altern dienen könnte.

### Gesundheitsfolgen, die nicht beforscht werden, können auch nicht gefunden werden

Nach der Fukushima-Katastrophe beschränkte sich die japanische Regierung darauf, lediglich Schilddrüsenkrebs bei Kindern und die psychischen Folgen der Katastrophe zu untersuchen. Die umfangreichen Forschungsergebnisse, die zum Zeitpunkt des Super-GAU von Fukushima bereits vorlagen, hätten eine Vorlage für weitere Forschungen darstellen können. Aber das war weder von der japanischen Regierung noch von der Internationalen Atomenergieagentur gewünscht.

### IAEO und UNSCEAR: Die Politik der Internationalen Atomenergiebehörde

Die Internationale Atomenergiebehörde untersteht als UN-Organisation direkt dem Sicherheitsrat und damit den fünf Atomwaffenstaaten. Diese können gemäß ihrer Interessenlage erheblichen Einfluss auf die IAEO ausüben. Während die Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen in ihrem Interesse liegt, ist es die Aufdeckung der gesundheitlichen und ökologischen Folgen von Atomkatastrophen nicht.

Zwei Beispiele verdeutlichen, die systematische Unterschlagung und Verharmlosung der gesundheitlichen Auswirkungen:

1) Kurz vor dem 20. Jahrestag des Tschernobyl-Unfalls legte das „UN-Chernobyl-Forum“ – ein Gremium der IAEO und der WHO – im Jahr 2005 unzureichende Angaben zu den Kollektivdosen vor. IAEO und WHO nannten lediglich 55.000 Personen-Sievert (PSv) als Kollektivdosis für Weißrussland, die Ukraine und Russland. Das übrige Europa und den Rest der nördlichen Hemisphäre klammerten sie vollständig aus. Zudem beschränkten sie ihre Abschätzung auf einen Zeitraum von nur 20 Jahren (bis 2006) und machten keine Angaben zur Lebenszeitdosis. In der Pressemeldung des Chernobyl-Forums vom 6. September 2005 hieß es unter der Überschrift „Tschernobyl: Das wahre Ausmaß des Unfalls“: „Als Folge des Unfalls vor 20 Jahren können bis zu 4.000 Todesopfer, die der radioaktiven Strahlung zuzurechnen sind, erwartet werden. Bis Mitte 2005 seien zudem weniger als 50 Todesopfer infolge einer Strahlenkrankheit verstorben, ausnahmslos Liquidator\*innen, die entweder wenige Monate nach dem Unfall oder im Zeitraum bis 2004 starben.“

2) Der UNSCEAR-Report von 2020 kam zu dem Schluss: „Es ist mit keiner erkennbaren Zunahme strahlungsbedingter Gesundheitsschäden bei der exponierten Bevölkerung und ihren Nachkommen zu rechnen.“ Bei Arbeitern, die effektive Dosen von 100 Millisievert oder mehr erhielten, räumte UNSCEAR zwar ein, dass „in Zukunft mit einem erhöhten Krebsrisiko zu rechnen ist“, fügte jedoch hinzu: „Allerdings dürfte eine erhöhte Krebsinzidenz in dieser Gruppe nicht erkennbar sein, da es schwierig ist, eine so geringe Inzidenz gegenüber den normalen statistischen Schwankungen der Krebsinzidenz zu bestätigen.“

### Fazit

Eine intensive Auseinandersetzung mit den gesundheitlichen Folgen radioaktiver Niedrigstrahlung ist unerlässlich – insbesondere vor dem Hintergrund, dass die gegenwärtige deutsche und EU-Politik erwägt, möglicherweise eigene europäische Atomwaffen herzustellen. Dabei werden mögliche Strahlenschäden von militärischer und sicherheitspolitischer Seite systematisch kleingeredet. Um den Gefahren durch Atomwaffen und Atomenergie in Europa wirksam zu begegnen, ist ein fundiertes Wissen über die Auswirkungen von Niedrigstrahlung unverzichtbar.

### Die Quellen zu diesem Artikel finden

Sie unter: [ipnw.de/bit/verharmlost](http://ipnw.de/bit/verharmlost)



Dr. Angelika Claußen ist Co-Vorsitzende der deutschen IPPNW.

IPPNW-Report 30 Jahre Tschernobyl, 5 Jahre Fukushima (2016)

# Von Majak über Church Rock bis Fukushima

—Super-GAU und Dambruch, Reaktorfeuer und Explosionen: Was nicht passieren darf, geschieht immer wieder—

Die Geschichte der Atomenergie ist auch eine Geschichte ihrer Katastrophen. Majak, Windscale, Harrisburg, Church Rock, Tschernobyl und Fukushima heißen die Chiffren des Schreckens. Sechs Standorte, an denen die Atomkraft außer Kontrolle geriet. Sechs Stationen, die den Niedergang einer euphorisch gestarteten Technologie beschleunigt haben.

Nach 70 Jahren „friedlicher Nutzung der Kernenergie“ gehören geschmolzene Reaktorkerne, unbewohnbare Gebiete, radioaktive Wolken und eine unbekannte Zahl von Toten zur Bilanz. Zu den Katastrophen gehört aber auch der Versuch, sie zu verheimlichen oder zu bagatellisieren. Vertuschung ist fester Bestandteil dieser Technologie. Die große Ausnahme war zunächst die dreifache Kernschmelze in Fukushima im März 2011. Der neue Nachrichtenkosmos des Internets sandte die Bilder der kollabierenden Atommeiler als schemenhaftes Live-Event rund um die Welt.

Doch die Folgen werden auch in Japan bis heute verharmlost: Gesundheitsschäden, das Ausmaß der Verseuchung, die Hilflosigkeit der Helfer\*innen und die gewaltigen Kosten. Gleich im ersten Jahrzehnt verlor die Atomkraft ihre Unschuld. Dabei war die Begeisterung für Flugzeuge und Autos mit Atomtrieb oder für Kleinreaktoren in jedem Haushalt gerade erst entfacht worden. Doch der Geist aus der Uranmaschine, der die Welt verändern sollte, zeigte in Majak und Windscale seine dunkle Seite.

10. Oktober 1957. Im Nordwesten Englands, an der Küste zur Irischen See, bricht im Atomreaktor Windscale I, der Plutonium für britische Atombomben lieferte, ein Feuer aus. Durch fehlerhafte Temperaturanzeigen und anschließende Bedienfehler bei Wartungsarbeiten haben sich die Brennelementkanäle überhitzt. Kanal 20/53 glüht rot wie eine Kirsche. Alle Versuche, den Reaktor herunterzukühlen, schlagen fehl: Die Temperatur im Kern steigt auf 1.300 Grad: Windscale brennt. Während im Herzen des 2.000 Tonnen schweren Grafitblocks ein Feuer lodert, entweicht aus dem Schornstein ständig radioaktiver Rauch. Die Menschen in der Umgebung liegen ahnungslos in ihren Betten. Alle Löscheversuche mit Kohlendioxid und Wasser scheitern. Im dritten Anlauf gelingt es schließlich, die Flammen zu ersticken. Die Bevölkerung wird erst nach dem Löschen des Brands gewarnt. Die Milch umliegender Farmen wird eingesammelt und ins Meer geschüttet; rund um den Reaktor versickern Millionen Liter radioaktives Löschwasser.

Tschernobyl und Fukushima lieferten spektakuläre Bilder und ließen sich nicht geheimhalten – andere Katastrophen dagegen schon.

Bis 1990 werden 70 Untersuchungsberichte zum Windscale-Brand geschrieben. Die Forscher\*innen versuchen, die freigesetzte Strahlung in Krebstote umzurechnen. Man einigt sich auf 100 Opfer. Eine Leukämiewelle sorgt in den 80er Jahren für Aufregung, bis die Erinnerung allmählich verblasst. Heute ist Windscale auch sprachlich entsorgt, der Atomkomplex heißt jetzt Sellafield.

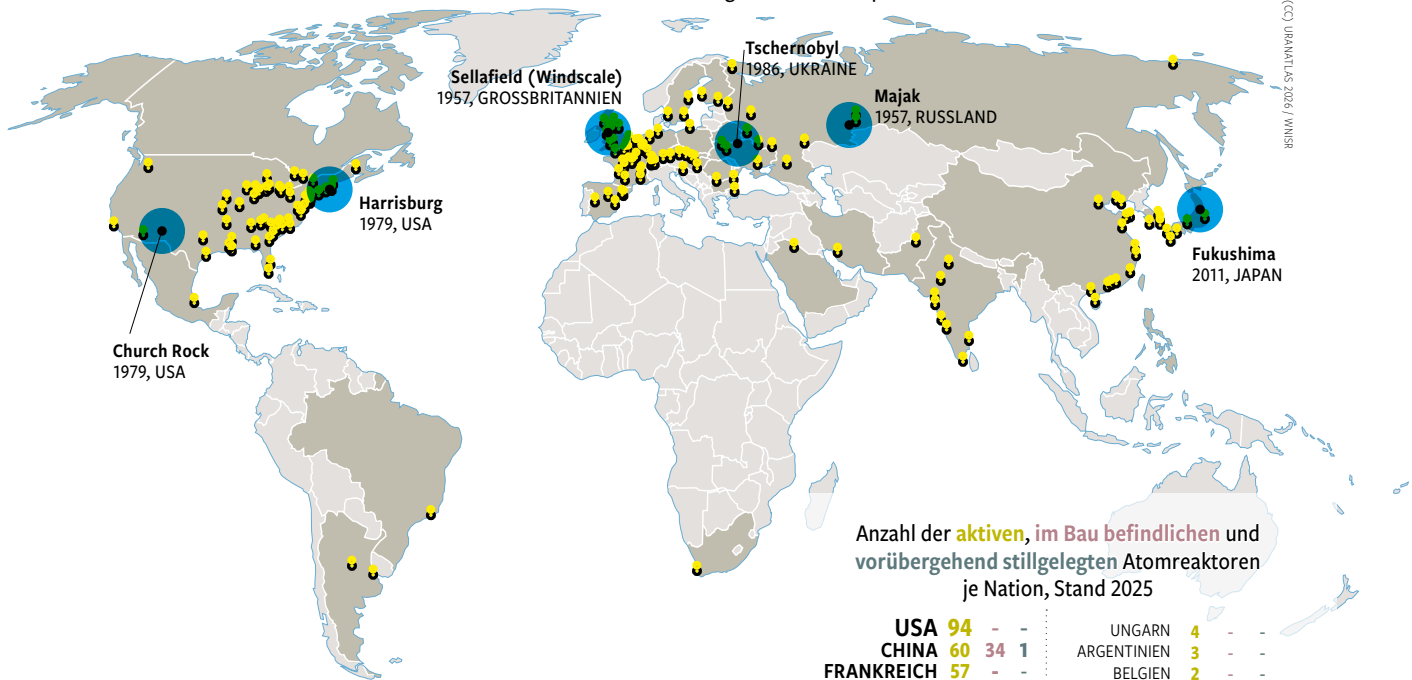
Im selben Jahr, am 29. September 1957, explodiert im russischen Majak ein Tank mit hochradioaktiven Abfällen. Gleich zehn Reaktoren gehören dort zur Atombombenschmiede der Sowjetunion. Sie liefern den Militärs Plutonium für das sowjetische Kernwaffenprogramm. Schon im Normalbetrieb gelangen ungeheure Mengen Radioaktivität in die Umwelt. Nukleare Partikel und Abfälle werden über die Luft und direkt in den Fluss Tetscha entsorgt. Weil die Anwohner\*innen Strahlenschäden aufwiesen, wurde bereits 1953 das erste Dorf im Umfeld evakuiert; bis 1956 folgten weitere 18.

Als es ein Jahr später zur vulkanartigen Explosion kommt, ist sie Hunderte Kilometer weit zu sehen und wird offiziell zur Polarlicht-Erscheinung erklärt. Die radioaktive Wolke zieht in 1.000 Metern Höhe nach Nordosten: eine 40 Kilometer breite, 300 Kilometer lange Spur. Eine Fläche von 20.000 Quadratkilometern mit etwa 270.000 Einwohner\*innen ist radioaktiv verseucht. Immer neue Gebiete müssen evakuiert werden.

Die Explosion bleibt geheim, bis sie Moskau 1989 bestätigt. Nach der Bewertung der Internationalen Atomenergie-Agentur gilt sie nach Tschernobyl und Fukushima als drittstärkster Atomunfall der Geschichte. Expert\*innen des Helmholtz-Zentrums München stellen ihn auf dieselbe Gefahrenstufe wie Tschernobyl. Die freigesetzte Radioaktivität könnte in Majak sogar größer gewesen sein.

Die Atommacht USA erlebte ihre Katastrophe 1979 gleich zweifach. Im März kämpft eine kontinuierlich wachsende Expert\*innenschar gegen den außer Kontrolle geratenen Reaktor Three Mile Island bei Harrisburg. Als tonnenschwerer Sturzbach ergießt sich der glühende Reaktorkern auf den Grund des Reaktordruckbehälters, der wie durch ein Wunder standhält. Drei Viertel des Kerns aus 36.816 Brennstäben sind bei Temperaturen nahe

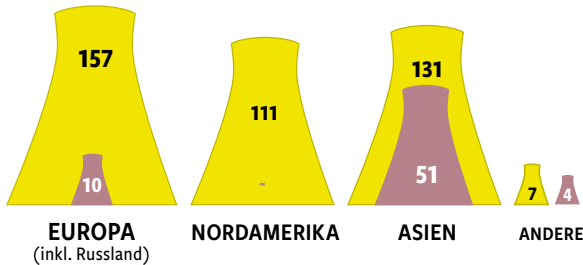
Standorte aller aktiven Atomkraftwerke und die großen Katastrophen des Atomzeitalters



Anzahl der **aktiven, im Bau befindlichen und vorübergehend stillgelegten** Atomreaktoren je Nation, Stand 2025

USA	94	-	-	UNGARN	4	-	-
CHINA	60	34	1	ARGENTINIEN	3	-	-
FRANKREICH	57	-	-	BELGIEN	2	-	-
RUSSLAND	35	7	-	BRASILIEN	2	-	-
SÜDKOREA	24	3	2	BULGARIEN	2	-	-
INDIEN	21	6	3	BELARUS	2	-	-
KANADA	15	-	2	MEXIKO	2	-	-
JAPAN	14	-	19	RUMÄNIEN	2	-	-
UKRAINE	9	-	6	SÜDAFRIKA	2	-	-
GROSSBRITANNIEN	9	2	-	ARMENIEN	1	-	-
SPANIEN	7	-	-	IRAN	1	1	-
SCHWEDEN	6	1	-	NIEDERLANDE	1	-	-
PAKISTAN	6	-	-	SLOWENIEN	1	-	-
TSCHECHIEN	6	-	-	TÜRKEI	-	4	-
SLOWAKEI	5	1	-	ÄGYPTEN	-	4	-
FINNLAND	5	-	-	BANGLADESCH	-	2	-
SCHWEIZ	4	-	-				
VEREIN. ARAB. EMIRATE	4	-	-				
<b>WELT</b>	<b>406</b>	<b>65</b>	<b>33</b>				

Anzahl der **aktiven und im Bau befindlichen** Atomreaktoren auf den verschiedenen Kontinenten, Stand Ende 2025



2.800 Grad geschmolzen. Ausgefallene Kühlwasserpumpen, zwei falsch gestellte Ventile bei den Reservepumpen, ein Zettel auf dem Steuerpult, der die Ventilanzeige verdeckt, und mehrere Bedienfehler haben das Unglück ausgelöst.

Kinder und Schwangere im Acht-Kilometer-Umkreis werden evakuiert. 70.000 Menschen fliehen aus eigener Initiative. Niemand weiß, wieviel Radioaktivität tatsächlich in die Umwelt gelangt ist. Unvergessen ist das Statement des Vize-Gouverneurs von Pennsylvania, Bill Scranton: „Wir haben alles unter Kontrolle. Es gibt keine Gefahr für die Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung.“

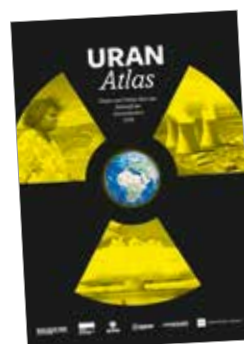
Im Juli desselben Jahres schockiert der Dambruch von Church Rock die US-Atomindustrie. Church Rock ist ein Dorf im Land der Diné im Bundesstaat New Mexico. 20 Uranminen sind dort in Betrieb. Allein in der größten von ihnen werden inden 70er Jahren jährlich mehr als 1.000 Tonnen Uranoxid produziert. Hunderttausende Tonnen radioaktiver Abraum werden in großen Absetzbecken entsorgt. Am 16. Juli 1979 bersten die Mauern eines der Staubecken. Über 1.000 Tonnen strahlende Abfälle und geschätzte 360 Millionen Liter radioaktive Abwässer landen im Puerco River – bis heute der schwerste Atomunfall in der Geschichte der USA. Drei Jahre später gibt die Uranindustrie den Standort auf.

Vor allem Church Rock und Majak sind weitgehend unbekannt geblieben. Dagegen kennt jedes Kind die Namen der beiden „klassischen“ Super-GAU-Standorte Tschernobyl und Fukushima. Sie lieferten spektakuläre Bilder und ließen sich nicht geheim halten. Zudem war die Weltöffentlichkeit 1986 und erst recht 2011 sensibilisiert für das Katastrophenpotenzial der Atomkraft.

Millionen konnten mitverfolgen, welchen Weg die radioaktiven Wolken nahmen. In Japan wurde nach der Fukushima-Havarie sogar die Evakuierung des Großraums Tokio mit 30 Millionen Einwohner\*innen erwogen. Nach Tschernobyl versuchten Armeeflugzeuge die Regenwolken chemisch zu entladen, bevor sie nach Moskau ziehen konnten. Viele Details sind bekannt geworden, doch das Leid und die gesundheitlichen Folgen für Millionen sind im statistischen Rauschen verschwunden. Von Windscale bis Fukushima: Die sechs Namen stehen für Unfälle, die nach einschlägigen Risikostudien gar nicht oder nur einmal in hunderttausend Jahren hätten geschehen dürfen. Sie sind mehrfach passiert, ihre Spuren noch lange nicht beseitigt.

**Weiterführende Informationen:**

Vision für die Tonne, Bernward Janzing, Picea 2016  
Atom. Die Geschichte des nuklearen Zeitalters, Stephanie S. Cooke, K&W 2010



Dieser Text stammt aus dem Uranatlas, der im März 2026 neu erschienen ist: [ipnww.de/bit/uranatlas](http://ipnww.de/bit/uranatlas)  
Zu bestellen im IPPNW-Shop: [shop.ipnww.de](http://shop.ipnww.de)



Foto: Mikołaj B. / privat



MIKOŁAJ UND LUDMILA B. ZEIGEN IHRE LIQUIDATORENAUSWEISE.

## Die vergessenen Kämpfer\*innen

— Ein Film ruft die überlebenden Liquidator\*innen ins Gedächtnis. Ein Interview mit Filmemacherin Emi Dietrich —

Videostill: Emi Dietrich

**Frau Dietrich, auf dem Filmfestival wurde Ihr Dokumentarfilm „Tschernobyl – die übersehenen Kämpfer“ gezeigt, in dem Liquidator\*innen über ihre Erlebnisse berichten. Wie ist es zu diesem Projekt gekommen?** 2006, 20 Jahre nach dem Super-GAU von Tschernobyl, sah ich einen bewegenden Dokumentarfilm über die Reaktorkatastrophe. Als ungerecht empfand ich, dass von etwa 90 Minuten Film nur fünf bis zehn den Liquidator\*innen gewidmet waren. Immerhin sind sie gezwungen worden, ihr Leben und ihre Gesundheit zu opfern. Ihr Einsatz schien mir damit indirekt abgewertet. Daraufhin begann ich intensiver zu recherchieren. Zehn Jahre später konnte ich schließlich Liquidator\*innen in der Nähe der Sperrzone – etwa 25 bis 30 Kilometer entfernt – treffen und Interviews mit ihnen führen.

**Können Sie etwas über Ihre eigene biografische Verbindung zur Anti-Atom-Bewegung erzählen?** Wie man sich vorstellen kann, ist es für eine gebürtige Französin weder gewöhnlich noch einfach, sich gegen Atomkraft zu positionieren. Ich bin meiner Mutter dankbar, deren Engagement und Aufklärung über die Gefahren der Atomkraft mich stark geprägt haben. Als junge Erwachsene wollte ich einen Dokumentarfilm machen, der den Liquidator\*innen als Würdigung gewidmet sein sollte. In Frankreich fand ich kaum Unterstützung – außer von den Protagonist\*innen, die später im Film zu sehen sind. Deshalb begann das Projekt erst richtig Gestalt anzunehmen, als ich nach Deutschland zog.

**Wie haben Sie das Vertrauen der Zeitzeug\*innen gewinnen können?** Meine erste Kontaktaufnahme mit Liquidatorinnen erfolgte im Herbst 2015 während eines Seminars des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks Dortmund, das Liquidator\*innen aus der Ukraine eingeladen hatte. In diesem Rahmen fiel es den Zeitzeug\*innen relativ leicht, über ihre Einsätze zu sprechen, so dass ich die ersten Filminterviews machen konnte. Dort lernte ich auch die Britin Sarah Day von „Chernobyl Children Lifeline“ kennen. Sie versprach mir, Treffen mit Liquidator\*innen zu organisieren, die in der Nähe der Sperrzone lebten – die meisten von ihnen in der Ukraine. Sarah hatte Kontakt zu vielen von ihnen und bot mir an, anzufragen, wer Interesse hätte. Bei meiner Reise im Februar 2016 waren die Menschen vor Ort überrascht, dass eine in Deutschland lebende Französin Interesse an ihrer Geschichte zeigte. Andererseits schien die Erinnerung an die damaligen Ereignisse sie emotional stark zu berühren.

**Was hat Sie bei den Begegnungen mit den Zeitzeug\*innen besonders bewegt?** Am meisten berührte mich die Armut, in der diese Menschen leben. Die Liquidator\*innen erhalten Renten, die kaum für Essen und Medikamente reichen. Durch die hohe Strahlenbelastung sind sie alle mehrfach behindert und leiden an verschiedenen Krankheiten. Natürlich verzichteten sie in dieser Situation auf Medikamente, um sich Essen kaufen zu können. Trotzdem haben sie mich willkommen geheißen wie ein Familienmitglied.

**Wie hat sich der Beginn des Ukraine-Kriegs 2022 auf Ihre Arbeit an dem Film ausgewirkt?** Die unschöne Seite bei der Durchführung eines unabhängigen Dokumentarfilmprojekts ist leider fast immer die Finanzierung. Nach den Dreharbeiten kämpfte ich jahrelang um eine Filmförderung, die jedoch von verschiedenen Stellen abgelehnt wurde. Im März 2022 schrieb mir dann die Enkelin eines Paares, das ich interviewt hatte. Sie schilderte, dass sie und alle Menschen in ihrem Umfeld angesichts der Anwesenheit feindlicher Militärkräfte auf dem Gelände des ehemaligen AKW Tschernobyl enorme Sorgen um die Zukunft hätten. Sie wünschte sich, dass die Erlebnisberichte ihrer Großeltern in irgendeiner Form sichtbar gemacht würden, damit möglichst viele Menschen die Gefahren der Kernenergie wieder bewusst wahrnehmen würden. Obwohl ich keine professionelle Cutterin bin, habe ich dann beschlossen, den Film selbst zu schneiden.

**Den Film finden Sie hier auf Youtube: [ipnwn.de/bit/dietrich](https://ipnwn.de/bit/dietrich) – Er wird am 26. April 2026 um 18 Uhr im Lichtblick-Kino in Berlin gezeigt.**

*Das Gespräch führte Regine Ratke.*



Emi Dietrich ist Filmemacherin. Sie lebt seit zehn Jahren in Berlin.



WORKCAMP 2024 IN LEPEL, BELARUS



DÄMMUNG DER HÄUSER MIT SCHILFMATTEN

# Ein neues Leben nach dem Super-GAU

Heim-statt Tschernobyl: Wie aus Trümmern Hoffnung entstand

Seit 1991 setzt sich der Verein „Heim-statt Tschernobyl“ für Überlebende der Atomkatastrophe ein – mit einem einzigartigen Konzept: Freiwillige aus Deutschland und Belarus bauten in unversehrten Regionen gemeinsam zwei ökologische Dörfer und schufen so neue Lebensperspektiven.

**Christoph, Du hast Dich seit den 2000er Jahren bei „Heim-statt Tschernobyl“ engagiert. Was hat Dich damals bewegt, selbst nach Belarus zu fahren?** 2003 habe ich über einen Studienfreund von einer Spendenaktion erfahren, die das Ziel hatte, das erste Windkraftrad auf dem Boden der ehemaligen Sowjetunion zu errichten. Da wollte ich gerne mit dabei sein, um ein Signal für eine andere Energieversorgung zu setzen.

**Wie ist „Heim-statt Tschernobyl“ überhaupt entstanden?** Ausgangspunkt war 1990 eine Friedensradtour von Berlin nach Moskau. Während der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg hat die Wehrmacht in Weißrussland 617 Dörfer niedergebrannt. 2,3 Millionen Menschen aus Belarus kamen um – das ist etwa ein Viertel der Bevölkerung. Bei der Friedensradtour wurde den Teilnehmer\*innen allerdings deutlich, dass bei den Begegnungen mit den Menschen in Belarus die Folgen der Atomkatastrophe von Tschernobyl im Vordergrund standen, die damals gerade vier Jahre zurücklag. Beeindruckend an der Arbeit von „Heim-statt Tschernobyl“ war, dass sie mit Strukturhilfen verknüpft wurde: Neben drei Windkraftanlagen wurde eine Schilfmattenproduktionsanlage zur Herstellung von Dämmmaterial für Häuser errichtet. Es entstanden auch zwei Dorfambulanzen für die medizinische Versorgung.

**Wie hast Du Dich damals beteiligt?** Ich habe Vortrags- und Diskussionsnachmittage angeboten zu medizinischen Themen der Kinder- und Jugendmedizin: Allergien, Strahlenschutz, Suchtgefahren zum Beispiel. Dazu kamen Menschen aus den Umsiedlerdörfern, aber auch von außerhalb. Einmal konnte ich sogar vor Schülern in einer Schule sprechen.

**Gibt es eine Begegnung oder ein Projekt, das Dich besonders beeindruckt hat?** 2004 hatte ich dort eine Begegnung mit einem Vater, dessen Sohn nach der Atomkatastrophe über Monate in einer Klinik gelegen hat und dem man auch 18 Jahre nach der

Katastrophe noch anmerken konnte, wie sehr ihn diese Erlebnisse belastet haben. Außerdem konnte ich zum 30. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe in zwei Schulen die Broschüre „100 gute Gründe gegen Atomenergie“ in russischer Sprache an Schüler\*innen verschenken. Das war dank der guten Vorarbeit der Elektrizitätswerke Schönau möglich.

**Hast Du Kontakt zu Euren damaligen Partnern halten können?** Aufgrund der politischen Situation sind meine Kontakte nach Belarus sehr eingeschränkt. Der Verein „Heim-statt Tschernobyl“ hält weiterhin Kontakt. Er hat 2025 ein Workcamp nur in Deutschland durchgeführt, wo sich junge Menschen begegnen und austauschen konnten. Das macht etwas Hoffnung.

„Heim-statt Tschernobyl“ unterstützt Menschen aus den vom Super-GAU betroffenen Gebieten in Belarus. Es begann mit einem Umsiedlungsprogramm: Freiwillige bauten im Norden von Belarus zwei neue Siedlungen mit 58 Wohnhäusern sowie Gemeinschaftseinrichtungen. Neben dem ökologischen Häuserbau fördert der Verein nachhaltige Energieprojekte, so dass durch den Erlös aus dem Stromverkauf Hilfsprojekte finanziert werden konnten. Dabei hat der Verein einen besonderen Fokus auf medizinische Versorgung und die Integration von Menschen mit Behinderungen gelegt.



Dr. Christoph Dembowski ist Kinderarzt im Ruhestand und Mitglied des IPPNW-Vorstandes.

# Medical Peace Work in Afrika

Ein Erfahrungsbericht aus Kenia

**D**ie medizinische Ausbildung in Kenia war nicht nur eine Lektion in klinischer Wissenschaft, sondern auch in sozialer Realität. Die Ausbildung zum Arzt bedeutete, sich mit der Kluft zwischen dem, was die Medizin verspricht, und dem, was die Patient\*innen tatsächlich erleben, auseinanderzusetzen. Im Laufe der Zeit hat diese Kluft mein Verständnis davon geprägt, was es wirklich bedeutet, als zukünftiger Arzt sozial verantwortlich zu handeln.

Das Medizinstudium im afrikanischen Kontext konfrontiert die Studierenden frühzeitig mit den sozialen Determinanten von Gesundheit. Die Ausbildung unter ressourcenbeschränkten Bedingungen ist tägliche Realität. Viele Erkrankungen, die wir behandeln, wie Traumata, Komplikationen bei Müttern und psychische Störungen, stehen in engem Zusammenhang mit Gewalt, Unsicherheit und Ungleichheit. Diese Erfahrungen werfen oft eine schwierige Frage auf: Reicht es aus, nur die Folgen zu behandeln?

Mein Engagement für medizinische Friedensarbeit begann im Rahmen eines IPPNW-Kurses und setzte sich später in der kenianischen Sektion und unter Kommilitonen fort. Gewalt und Militarisierung waren für uns nicht mehr ferne politische Debatten, sondern eine gelebte Realität im Bereich der öffentlichen Gesundheit, die die Gemeinschaften, denen wir dienen, betrifft. Durch Seminare, Dialoge und Öffentlichkeitsarbeit verband die medizinische Friedensarbeit Prävention mit ethischer medizinischer Verantwortung und half uns, Konflikte als eine Determinante der Gesundheit zu verstehen, die sowohl klinische Versorgung als auch Aufklärung erfordert.

Zweitens hat mich mein Engagement im gemeindebasierten Lernen im Rahmen des Lehrplans der Moi University, Community Based Education and Service (COBES), das auf den Prinzipien der Gesundheitsförderung und Prävention auf Gemeindeebene basiert, geprägt. Und



schließlich habe ich in Advocacy-Kreisen gelernt, dass Abrüstung Prävention ist – im Prinzip nicht anders als Impfungen oder Hygiene.

**B**ei meinen Einsätzen im Rahmen von COBES begegnete ich ländlichen Gemeinden, in denen Unsicherheit und Konflikte aufgrund von Viehdiebstahl den Zugang zu medizinischer Versorgung beeinträchtigen. Verzögerte Überweisungen von Schwangeren aufgrund unsicherer Nachtfahrten und Traumata aufgrund gewalttätiger Auseinandersetzungen belasteten die ohnehin begrenzten Einrichtungen zusätzlich. Diese Erfahrungen zeigten, dass Konflikte nicht nur unmittelbare Verletzungen verursachen, sondern auch still und leise die Gesundheitssysteme schwächen, Präventionsmaßnahmen unterbrechen und Ungleichheiten vertiefen. In diesem Zusammenhang bedeutet medizinische Friedensarbeit, sich für sicherere Umgebungen, den Dialog innerhalb der Gemeinschaft und präventives Engagement einzusetzen, um Resilienz aufzubauen, bevor Krisen eskalieren. Auch wenn ein solches Engagement Fragen zur Neutralität aufwerfen mag, ist Schweigen angesichts vermeidbarer Schäden keine Neutralität. Die medizinische Ausbildung ist grundsätzlich ethisch geprägt und beeinflusst, wie Gesundheitsfachkräfte Verantwortung, Gerechtigkeit und Prävention verstehen.

Während ich meine Ausbildung fortsetze, betrachte ich medizinische Friedensarbeit nicht als Ergänzung zur klinischen Praxis, sondern als wesentlichen Bestandteil ihrer ethischen Grundlage. Für viele Medizinstudierende und Beschäftigte im Gesundheitswesen auf der ganzen Welt ist Frieden kein abstraktes Konzept, sondern ein entscheidender Faktor für die Gesundheit. Um eine sorgfältige patientenzentrierte Versorgung zu gewährleisten, müssen wir uns auch mit den Bedingungen auseinandersetzen, die das tägliche Leben der Patienten prägen, lange bevor sie ins Krankenhaus kommen.

**Das Kursbuch 1 „Health Workers, Conflict and Peace“ ist nun in einer überarbeiteten und erweiterten Auflage erhältlich. Es dient als Einführung in die Friedens- und Konflikttheorie mit Schwerpunkt auf der Rolle von Gesundheitsfachkräften:**  
[ippnw.de/bit/kursbuch](http://ippnw.de/bit/kursbuch)

Bonventure Machuka studiert Medizin an der Moi University Kenia.





Foto: Martin Pilgram



Foto: Martin Pilgram



Foto: Martin Pilgram

## Münchner Friedenskonferenz

—Gegen den Strom der Gewalt: 13.–15. Februar 2026—

**M**it vielen Diskussionen, Workshops und einem spannenden Kulturprogramm bildete die Friedenskonferenz auch in diesem Jahr einen Gegenpol zur Münchner Sicherheitskonferenz. Den Auftakt bildete die Veranstaltung „I Refuse“ – ein Plädoyer für Kriegsdienstverweigerung als politischen Widerstand. Der Abend beleuchtete die vielfältigen Motive, Bedeutungen und politischen Dimensionen der Kriegsdienstverweigerung. Verweigerer\*innen aus Israel, Russland und der Ukraine berichteten von ihren Erfahrungen. Am Samstag folgte die Diskussion „Sanktionen und Boykotte als politische Instrumente“. Im Fokus stand die Frage, wie Regierungen und Zivilgesellschaft gewaltfrei auf Unrecht reagieren können. Besonders im Fokus stand die Situation in Israel und Palästina. **Mehr Infos: [friedenskonferenz.info](http://friedenskonferenz.info)**



Foto: Martin Pilgram



## Kriegsspiele

Jonas Tögel gibt Einblick in die militärischen Planungen, wie sie in „Kriegsspielen“ geübt werden: Szenarien der Eskalation, zwischen den Auswirkungen einer einzelnen Atombombenexplosion und der Apokalypse. Aufgrund der Eskalationsgefahr des Ukrainekriegs ist das für uns als potenziell Betroffene wichtig.

**D**er Autor beschreibt zunächst Übungen und Planspiele aus dem Kalten Krieg von 1945 bis 1989. Danach geht er der Frage nach, inwieweit die Planspiele aus dem Kalten Krieg auf unsere heutigen Verhältnisse übertragbar sind. Das Pentagon legte schon 1945, nur 51 Tage nach der Kapitulation Japans, eine Studie zur „Verwundbarkeit der UdSSR“ vor. 20 Atombomben würden auf russische Städte abgeworfen und so die militärische und industrielle Macht der Sowjetunion brechen. Bei späteren Plänen sollten mehr Ziele angegriffen werden, 1957 mit über 3.000 Atombomben.

Die NATO-Übungen „Carte Blanche“ 1955 bis „Able Archer“ 1983 folgten dem Szenario, einen konventionellen Angriff des Warschauer Pakts mit Atomwaffen abzuwehren. Bei „Carte Blanche“ wären von den fiktiven 335 abgeworfenen Atombomben 168 auf deutschem Gebiet explodiert. „Able Archer“ zeigte eine rasche Eskalation zum globalen Atomkrieg am fünften Tag.

Der Warschauer Pakt sei in seinen Plänen „spiegelgleich“ von einem „hypothetischen“ Angriff der NATO ausgegangen und hätte mit einem „flächendeckenden Einsatz von Atomwaffen“ geantwortet. Zur Frage der Übertragbarkeit der Pläne auf heute zitiert Tögel zwei Politiker, die an NATO-Übungen teilgenommen hatten, Klaus von Dohnanyi 1979 und Willy Wimmer 1989, beide überzeugt, dass die Gefahr der atomaren Vernichtung, wie im Kalten Krieg simuliert, fortbesteht.

Als aktuelle Szenarien folgen die Greenpeace-Studie „Auswirkungen einer Atombombe auf Deutschland“, die NATO-Übungen „Steadfast Noon“ und „Steadfast Defender“. Nukleare Teilhabe, Aufrüstung und kognitive Kriegsführung sind ebenfalls Thema.

**Jonas Tögel: Kriegsspiele – Wie NATO und Pentagon die Zerstörung Europas simulieren. 112 S., 15,- Euro, Westend Neu-Isenburg 2025. ISBN: 978386489488**

Ralph Urban



## Stark für den Frieden

In „Stark für den Frieden“ nimmt Johannes Varwick tiefgründig und umfassend Stellung zur Militarisierung von Politik und Gesellschaft.

**J**ohannes Varwick ist Politikwissenschaftler und hat seit 2013 den Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Universität Halle-Wittenberg. Er argumentiert, die Sicherheitspolitik befinde sich auf einem gefährlichen Irrweg. „Kriegstüchtigkeit“ stehe für diese fehlgeleitete Entwicklung. Der derzeit weitverbreitete Alarmismus in weiten Teilen der Politik und der Medien basiert nach seiner Überzeugung auf keiner seriösen Bedrohungsanalyse.

Deutschland solle, so seine Forderung, wieder eine Stimme für den Frieden werden. Varwick fordert eine defensive militärische Verteidigungsfähigkeit in Verbindung mit einer politischen Ausrichtung auf Diplomatie, Krisen- und Konfliktprävention. „Rationale Sicherheitspolitik erfordert gezielte Investitionen in eine defensive Ausstattung der Streitkräfte – mit abschreckender Wirkung, aber ohne das Sicherheitsdilemma weiter zu verschärfen. Zentrale Voraussetzung dafür ist eine möglichst abgestimmte europäische Strategie und Re-Fokussierung auf Interessenausgleich, Diplomatie, vertrauensbildende Maßnahmen und Rüstungskontrolle“, so Varwick.

Zu Beginn seines Buches nimmt er Stellung zur aktuellen Medienkultur und der Stigmatisierung, die er durch seine kritische Positionierung erfahren musste. Das Buch endet mit zehn konkreten Empfehlungen u.a. zur Beendigung des Ukraine-Kriegs, zur Stärkung der Vereinten Nationen und zur Versachlichung des politischen Diskurses.

Auch das Konzept der „Strukturellen Nichtverteidigbarkeit“ des ehemaligen Münchener Instituts für Psychologie und Friedensforschung e.V. (IPF) wird von Varwick angeführt.

Ein wertvolles und bereicherndes Buch aus der Sicht eines Wissenschaftlers, der für eine verantwortungsvolle, friedensstiftende und zugleich realistische Sicherheitspolitik votiert. Interessenausgleich, Diplomatie und Rüstungskontrolle müssen an erster Stelle stehen, so der Autor.

**Johannes Varwick: Stark für den Frieden. Was jetzt für eine rationale Sicherheitspolitik zu tun ist. 176 S., 18 Euro, Westend Neu-Isenburg 2026, ISBN 9783987911521 Rolf Bader**



Foto: privat

## 6 Fragen an ... Fabian Scheidler

...mit seinem Buch „Friedenstüchtig“ zu  
Gast bei der Münchner Friedenskonferenz

**1 Die Financial Times schrieb im März 2025, Europa müsse den Sozialstaat kürzen, um einen Kriegsstaat aufzubauen. Wie manifestiert sich diese Entwicklung?** In den meisten europäischen Ländern stehen massive Kürzungen der öffentlichen Ausgaben auf der Tagesordnung, um die Mittel in den militärisch-industriellen Komplex zu lenken. Die von Finanzminister Lars Klingbeil angekündigte Erhöhung des Militärbudgets von 52 Milliarden Euro in 2024 auf beispiellose 153 Milliarden im Jahr 2029 ist ohne einen massiven Rückbau des Sozialstaates nicht zu finanzieren. Auch die Budgets für Entwicklungszusammenarbeit, Umwelt- und Klimaschutz stehen zur Disposition. Die ungebremste Militarisierung ist darüber hinaus zum Schlüsselprojekt einer desolaten EU geworden, die versucht, ihre brüchigen Fundamente durch die Schaffung einer Militärunion zu kitten.

**2 Kann Aufrüstung die nationale Wirtschaft durch die Schaffung von Binnennachfrage beleben?** Wenn es den Regierungen tatsächlich darum geht, weshalb sind sie dann nicht bereit, mehr Geld für Bildung, Gesundheitswesen und andere öffentliche Dienstleistungen auszugeben, die die Binnennachfrage viel effektiver ankurbeln würden? Die Verfassungsänderung vom März 2025 bringt dieses Paradox auf den Punkt: Während für die Gesellschaft insgesamt weiterhin Sparmaßnahmen gelten, ermöglicht sie dem Militär unbegrenzte Ausgaben und Kreditaufnahmen.

**3 Vertreter der NATO wie der britische Oberbefehlshaber Sir Tony Radakin räumen ein, dass Russland keinen direkten Angriff auf die NATO plane. Weshalb sprechen europäische Staatschefs weiterhin von einer bevorstehenden Invasion?** Neoliberale Kräfte in der EU drängen seit Jahrzehnten darauf, die öffentliche Wohlfahrt zu beschneiden und die Militärausgaben zu erhöhen. Die Aufrechterhaltung der russischen Bedrohung ist sehr hilfreich, um dieses Projekt zu legitimieren. Die vollständige Antwort könnte jedoch noch tiefer gehen. Angesichts der bröckelnden ideologischen Kohärenz im Westen kann der Kriegsstaat den herrschenden Eliten ein Gefühl der Orientierung und Einheit vermitteln.

**4 In den politischen Krisen der vergangenen Jahre beobachten Sie zunehmend die Tendenz, mit Ausnahmezuständen zu regieren...** Die Bedrohung durch einen übermächtigen Feind, ob real oder fiktiv, ermöglicht die Verhängung des Ausnahmezustands über die gesamte Gesellschaft. Angesichts einer eskalierenden Mehrfachkrise ist der Ausnahmezustand eine Möglichkeit, autoritäre Herrschaft einzuführen und Dissens zu unterbinden, ohne die Institutionen einer repräsentativen Demokratie formell aufgeben zu müssen. Der Ausnahmezustand ermöglicht auch eine massive Umverteilung nach oben. Sonderhaushalte wie das deutsche „Sondervermögen“ und weitreichende Ad-hoc-Gesetze sind typisch für diese Schockstrategie. Darüber hinaus ist ein Kriegszustand ein perfektes Mittel, um eine zunehmend skeptische Bevölkerung davon abzulenken, über die systemischen Ursachen der sich verschärfenden Mehrfachkrise nachzudenken.

**5 Was ist zu befürchten, wenn die deutsche Regierung ihre Richtung nicht ändert?** Durch die Leugnung der neuen geopolitischen Realitäten und den Versuch, seine privilegierte Position im Weltgefüge durch Aufrüstung zu erhalten, wird Deutschland seine Isolation auf der Weltbühne verstärken. Das Projekt des Kriegsstaates wird die soziale Krise verschärfen, indem es Mittel von dringend benötigten Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge abzieht, was wiederum mehr politische Instabilität zur Folge haben wird. Die extreme Rechte wird davon weiter profitieren, während die EU unter der Last widersprüchlicher Interessen und öffentlicher Wut auseinanderbrechen könnte.

**6 Was für einen Ausweg sehen Sie aus dieser Spirale der Selbstzerstörung?** Die westlichen Staaten müssen die Tatsache akzeptieren, dass eine multipolare Ordnung unvermeidlich und bereits Realität ist. Wenn Deutschland diese Tatsache akzeptieren würde, könnte es eine konstruktive Rolle bei der Vermittlung zwischen den Großmächten spielen. Tatsächlich kann es auf eine beeindruckende Tradition der Entspannungspolitik zurückblicken. **Die Textpassagen stammen aus: „Deutschland auf dem Weg in den Kriegsstaat“ – nachzulesen unter: [fabian-scheidler.de](http://fabian-scheidler.de)**

## 85 Sekunden vor 12

**D**as Jahr hat mit mehreren politischen Paukenschlägen begonnen. Unter US-Präsident Donald Trump regiert das Recht des Stärkeren statt der Stärke des Rechts. Und unsere Bundesregierung? Duckt sich weg und vermeidet, Klartext zu reden. Wer das Völkerrecht in Gaza, Venezuela oder im Iran ignoriert, untergräbt seine eigene Position – und verliert damit jeden Hebel, es in Grönland oder anderswo durchzusetzen.

Die politische Lage ist ernst: Die Wissenschaftler\*innen des Bulletin of Atomic Scientists haben Ende Januar 2026 die aktuelle Uhrzeit auf der Doomsday Clock auf 85 Sekunden bis Mitternacht vorgerückt! Zudem ist der letzte noch verbliebene Rüstungskontrollvertrag, der New-START-Vertrag zur Reduzierung und Begrenzung strategischer Offensivwaffen, am 5. Februar ausgelaufen.

Vertreter\*innen der IPPNW und von Pugwash haben sich Mitte Januar 2026 in Briefen an die Präsidenten der USA und Russlands gewandt und ein einjähriges Moratorium zur Verlängerung von New START zur Verringerung der strategischen Nuklearwaffen gefordert, um den letzten noch verbleibenden Rüstungskontrollvertrag zu retten. Am 22. Januar 2026 erinnerten IPPNW-Regionalgruppen in Aachen, Hamburg, Marburg, Freiburg, Landsberg und Berlin an den UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen, der seit 5 Jahren in Kraft ist und mittlerweile von 99 Staaten unterstützt wird.

Am 22. Februar 2026 fand anlässlich des 4. Jahrestags des Ukrainekrieges eine Online-Veranstaltung unter dem Motto „Stoppt das Töten: Stimmen aus der Ukraine und Russland“ statt. Die IPPNW-Vorsitzende referierte über die gesundheitlichen und psychischen Folgen des Krieges. Zudem hörten wir die Perspektiven von Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft aus der Ukraine und Russland und erfuhren von ihrem Engagement gegen den Krieg, von menschlichen Schicksalen und rechtlichen Konsequenzen für Kriegsdienstverweigerer in der Ukraine und in Russland.

Schon mehr als 1.160 Personen haben die IPPNW-Erklärung gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens unterzeichnet. Vertreter\*innen der IPPNW protestierten am 31. Januar 2026 mit einer Mahnwache bei der MedizinMesse in Stuttgart gegen zunehmende Bestrebungen, das Gesundheitswesens auf militärische Ziele auszurichten. Anlass der Aktion war die Aufnahme wehrmedizinischer Fortbildungen in das Messe-Programm.

Nichts ist gut in Gaza. Auch Monate nach der Waffenstillstandsvereinbarung vom Oktober 2025 dauern massive Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen im besetzten Palästinensischen Gebiet an. Tötungen von Zivilist\*innen, systematische Einschränkungen humanitärer Hilfe, fortgesetzte Besatzung, Siedlungsbau,



Hesam Jozvebayati ist stellvertretender International Councillor der IPPNW.

willkürliche Inhaftierungen und Angriffe auf die Zivilgesellschaft prägen weiterhin die Realität in Gaza, im Westjordanland und in Ostjerusalem. Im Februar hat das Forum Menschenrechte, in dem die IPPNW mitarbeitet, eine kritische Stellungnahme mit Forderungen an die Bundesregierung veröffentlicht.

Die deutsche IPPNW-Sektion hat im Januar zudem die massive Gewalt gegen Demonstrant\*innen im Iran mit bis zu 30.000 Toten und mehr als 40.000 Verhaftungen verurteilt und die Freilassung aller politischen Gefangenen gefordert, einschließlich der Friedensnobelpreisträgerin Narges Mohammadi. Zugleich verurteilen wir jede Androhung einer Militärintervention der USA im Iran. Die internationale IPPNW hat anlässlich der Verlängerung ihrer Haftstrafe in einer Stellungnahme ihre tiefe Besorgnis um die Gesundheit und Behandlung der iranischen Friedensnobelpreisträgerin geäußert und ihre sofortige und bedingungslose Freilassung sowie einen Zugang zu unabhängiger, professioneller medizinischer Versorgung gefordert.

Die IPPNW trauert um Gründungs- und Ehrenvorstandsmitglied Prof. Dr. Ulrich Gottstein, der am 30. Dezember 2025 im Alter von 99 Jahren verstorben ist. Die IPPNW war ein wichtiger Teil der Trauerfeier am 17. Januar 2026. In allen Wortbeiträgen und im Kontakt zur Familie wurde sehr deutlich, welche herausragende Bedeutung die IPPNW für Ulrich Gottstein hatte. Zahlreiche IPPNW-Mitglieder kamen zur Trauerfeier.

Ihr Hesam Jozvebayati



## Gemeinsam Vereinspolitik gestalten

— IPPNW-Jahrestreffen in Jena —

Als IPPNW stehen wir vor großen weltpolitischen Herausforderungen. Das betrifft sowohl die weltpolitische als auch die vereinspolitische Lage. So wie die Weltpolitik derzeit läuft, in der das Recht des Stärkeren gilt und Völkerrecht und UN-Institutionen massiv unter Druck stehen, kann es nicht funktionieren. Es wird etwas Neues entstehen. Die IPPNW engagiert sich seit ihrer Gründung dafür, dass die Dysfunktionalität der Weltpolitik nicht im Armageddon eines Atomkriegs endet.

**A**ber auch innerhalb unseres Vereins stehen Veränderungen und große Herausforderungen an. Die Mitgliedschaft wird älter und damit die finanziellen Spielräume geringer. Unsere Maßnahmen, um im Rahmen unserer Vereinsöffnung Mitglieder aus anderen Gesundheitsberufen zu gewinnen, stehen dabei noch am Anfang. Soziale Bewegungen haben derzeit keine Hochkonjunktur: Sie sind in der öffentlichen Wahrnehmung eher marginalisiert. Umso mehr müssen wir zusammenhalten.

Wir können nicht die „Ärzte gegen alles“ sein, wie es Gründungsmitglied Prof. Horst-Eberhard Richter stets formulierte. Fokussieren und Akzente setzen ist daher eine zentrale Herausforderung, mit der wir manchmal hadern. Dabei müssen wir Aktivist\*innen, Analysierende und Fundraiser\*innen zugleich sein.

Mit dem Umzug in ein wunderbares und dauerhaftes Zuhause haben wir eine nachhaltige Lösung für den Verein gefunden, die uns langfristig Unabhängigkeit garantieren wird. Die finanzielle Konsolidierung des Vereins muss aber weiter im Fokus stehen, um langfristig handlungsfähig zu bleiben. Was kann jede\*r selbst dafür tun? Sie können Mitglieder werben, vererben oder spenden! Warum nicht Spender\*in für unsere „Maison de la Paix“, für unsere neue Heimstätte im Herzen von Berlin werden, oder Pate für den nächsten IPPNW-Weltkongress – vielleicht in Berlin 2028?

Politisch arbeiten wir weiter unbeirrt für die Stärkung des internationalen Rechts auf UN-Ebene. Das bleibt die einzige mögliche Grundlage für die Abschaffung der Atomwaffen in einer friedlichen Welt. Angesichts bestehender Bedrohungen müssen wir nach Strategien für Diplomatie, Rüstungskontrolle und Abrüstung suchen. Die bestehenden Konflikte dürfen nicht dazu missbraucht werden, Militarisierung als alternativlos darzustellen und ökonomische Vorteile aus einer unverantwortlichen Hochrüstung zu ziehen. Aufrüstung und Militarisierung schaffen keine Sicherheit, sondern instabile Systeme, bei denen angesichts des enorm zerstörerischen Potenzials eine nicht beherrschbare Risikosituation entsteht – bis zur Gefahr eines Atomkrieges. Von der nicht vertretbaren Ressourcenverschwendung und der Gerechtigkeitsfrage einmal ganz abgesehen.

Es geht nicht darum, die Sicherheitsprobleme zu bagatellisieren, sondern darum, nachhaltige und zukunftsweisende Lösungen zu finden, die Frieden, Freiheit und Sicherheit durch Abrüstung schaffen.

Wir wollen als IPPNW die Stationierung der Mittelstreckenwaffen verhindern helfen, um einen Beitrag für mehr Sicherheit in Europa zu leisten. Wir streiten gegen eine maßlose Hochrüstung, die die Ressourcen in die Rüstungskonzerne und Armeen lenkt, und bei Sozialem und Klimamaßnahmen kürzt und damit innergesellschaftliche und internationale Solidarität gefähr-

det. Wir wollen keine Militarisierung der Gesellschaft und des Gesundheitssystems.

Die internationale IPPNW kann eine wichtige Funktion als gesellschaftspolitische Brückenbauerin einnehmen. Wir arbeiten engagiert am berufspolitischen Austausch mit Kolleginnen und Kollegen z.B. aus Russland und den USA. Die IPPNW hat seit ihrer Gründung auch eine Tradition von Freundschaft und Solidarität versus Feindbildern und Misstrauen.

Im deutschen und internationalen Vorstand arbeiten wir derzeit an der Frage, ob 2028 ein internationaler IPPNW-Weltkongress in Berlin durchführbar ist, um eine neue Aufbruchstimmung innerhalb der Gesundheitsberufe auf den Weg zu bringen. Andererseits dürfen die Solidität der deutschen IPPNW und ihre anderen Arbeitsschwerpunkte neben der internationalen Arbeit nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Wir laden Sie ganz herzlich ein, auf dem Jahrestreffen und der Mitgliederversammlung vom 24.–26. April 2026 in Jena mit uns über die zentralen Ziele zu diskutieren. Am Freitagabend wird uns Prof. Dr. Klaus Dörre, emeritierter Professor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, einstimmen mit seinem Vortrag „Nach der Zeitenwende: Rüstung erzeugt Krieg“.

**Programm & Anmeldung:**  
[ippnw.de/bit/jahrestreffen](http://ippnw.de/bit/jahrestreffen)

Dr. Lars Pohlmeier





HIROSHIMA-AUSSTELLUNG 2015 IN FRANKFURT



HILFSTRANSPORT IN DEN IRAK, 1992

## Trauer um Ulrich Gottstein

Streiter für Friedensethik und Versöhnung

Die IPPNW trauert um Prof. Dr. Ulrich Gottstein, der am 30. Dezember 2025 im Alter von 99 Jahren verstorben ist. Der Mitbegründer der bundesdeutschen Sektion der IPPNW (1982) war eine der führenden Persönlichkeiten der Friedensorganisation. Er hatte zahllose leitende Positionen innerhalb und außerhalb der IPPNW inne. Mit der Paracelsus-Medaille (2011) hat er zudem höchste Ehrungen der deutschen Ärzt\*innenschaft erhalten und war Träger des Bundesverdienstkreuzes (1992).

Ulrich Gottstein wurde am 28. November 1926 in Stettin geboren, 1938 zog die Familie nach Berlin um. Nach einem Kriegseinsatz in Frankreich geriet er in England von September 1944 bis Juli 1946 in Kriegsgefangenschaft. Diese Kriegserfahrung als 17-Jähriger hat Ulrich Gottstein geprägt wie auch sein Protestantismus.

Er studierte in Berlin, Göttingen und Heidelberg Medizin und promovierte 1952. Von 1962 bis 1971 war er Leiter der Oberarzt der 1. Medizinischen Universitäts-Klinik Kiel, danach Chefarzt der Medizinischen Klinik des Bürgerhospitals Frankfurt bis Ende 1991.

Ulrich Gottstein fragte danach, was die Medizin für den Frieden tun kann und wie Mediziner\*innen die Welt friedlicher machen können. Die deutsche und mehrere IPPNW-Sektionen weltweit haben sei-

ne Impulse aufgegriffen und die Theorie und Praxis der Medizinischen Friedensarbeit entwickelt. Für die IPPNW reiste er zu Kongressen und Vorträgen ins In- und Ausland und referierte über die Verhütung von Atomkrieg, Krieg und atomare Abrüstung, über Kriegsfolgen, Kriegsoffer und die Folgen von Sanktionen. So war Ulrich Gottstein Teil einer IPPNW-Delegation nach Moskau, die im Gespräch mit Michail Gorbatschow erreichen konnte, dass der sowjetische Staatschef 1986 einem einseitigen Atomtest-Moratorium zustimmte.

Er organisierte Transporte in die Kriegsgebiete in Ex-Jugoslawien. Ende 1990 fuhr er als Mitglied einer internationalen IPPNW-Delegation in den Irak mit dem Ziel, den Krieg zu verhindern. Vier Monate zuvor hatte Saddam Hussein Kuwait annektiert; woraufhin die UN Wirtschafts-sanktionen gegen den Irak verhängt hatte. Gemeinsam mit dem irakischen Vizepräsidenten versuchte die IPPNW-Delegation die irakische Regierung zu überzeugen, diplomatische Vermittlung anzunehmen, um den internationalen Krieg und Bombardierung des Irak zu verhindern.

Ulrich erfuhr in Gesprächen mit der irakischen Ärztekammer und Vertretern des Roten Halbmonds schon damals von den verheerenden gesundheitlichen Auswirkungen der Sanktionen. Er hat die miserable Lage in den Krankenhäusern gesehen und öffentlich aufgedeckt. Ul-

rich Gottstein hat dabei immer politisches Handeln mit humanitärem Handeln verbunden. Er organisierte regelmäßige medizinische Hilfstransporte in den Irak.

Später gründete Ulrich die Irak-Kinderhilfe, dank derer mehr als 100 irakische Kinder zu Operationen und stationären Behandlungen in deutschen Kliniken untergebracht und behandelt werden konnten.

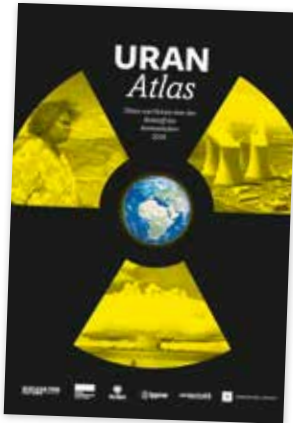
In einzigartiger Weise hat Ulrich Gottstein die bundesdeutsche und internationale IPPNW beeinflusst. Er war für uns immer ein Vorbild dafür, wie Humanität, medizinische Ethik und medizinisches Wissen zusammengebracht werden können. Ulrich Gottstein war leidenschaftlich von der Möglichkeit und der Kraft der Versöhnung überzeugt. Mit seiner humanitären Stimme in die Politik hinein hat er wesentlich dazu beigetragen, dass die IPPNW so viel erreicht hat – auf internationaler Ebene beispielsweise die Verabschiedung des Atomwaffen-Verbotsvertrags. Nicht umsonst war er gleich zweimal zur Friedensnobelpreisverleihung nach Oslo eingeladen: 1985 (IPPNW) und 2017 (ICAN). Dies ist wohl nur wenigen Menschen beschieden.

Dr. Angelika Claußen  
und Dr. Lars Pohlmeier

# Uranatlas

Der Uranatlas liefert Daten und Fakten über den Rohstoff des Atomzeitalters. Er verdeutlicht die globale Dimension, das Risiko und den Widerstand gegen Uranabbau und Atomenergie.

**64 Seiten A4, Versand gegen Portokosten. Bestellen unter: [shop.ippnw.de](http://shop.ippnw.de)**



# Massenvernichtungswaffen im Namen der Kirche?

IPPNW-Stellungnahme zur Friedensdenkschrift 2025 der Evangelischen Kirche in Deutschland.

**A4 vierseitig, Versand gegen Portokosten. Lesen: [ippnw.de/bit/ekd](http://ippnw.de/bit/ekd) Bestellen unter: [shop.ippnw.de](http://shop.ippnw.de)**

Das nächste Heft erscheint im Juni 2026. Das Schwerpunktthema ist:

## Atomwaffen abschaffen!

Der Redaktionsschluss für die Ausgabe 186/Juni 2026 ist der 30. April 2026. Das Forum lebt von Ihren Ideen und Beiträgen. Schreiben Sie uns: [forum@ippnw.de](mailto:forum@ippnw.de)

**Herausgeber:** Internationale Ärzt\*innen für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzt\*innen in sozialer Verantwortung e. V. (IPPNW) Sektion Deutschland  
 Redaktion: Dr. Lars Pohlmeier (V.i.S.d.P.), Angelika Wilmen, Regine Ratke  
**Anschrift der Redaktion:** IPPNWforum, Frankfurter Allee 3, 10247 Berlin, Tel.: 030 6980 740, Fax 030 69381 66, E-Mail: [ippnw@ippnw.de](mailto:ippnw@ippnw.de), [www.ippnw.de](http://www.ippnw.de),  
**Bankverbindung:** IPPNW e.V., GLS-Bank IBAN: DE 23 4306 0967 1159 3251 01, BIC: GENODEM1GLS

Das Forum erscheint viermal jährlich. Der Bezugspreis für Mitglieder ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Sämtliche namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung

der Redaktion oder des Herausgebers. Nachdrucke bedürfen der schriftlichen Genehmigung.  
**Redaktionsschluss** für das nächste Heft: 30. April 2026  
**Gestaltungskonzept:** [www.buerobock.de](http://www.buerobock.de),  
**Layout:** Regine Ratke  
**Druck:** DDL Berlin **Papier:** Circle Offset, Recycling & FSC.  
**Bildnachweise:** S. 6 Mitte: Hendrik Haßel. Nicht gekennzeichnete Fotos: privat oder IPPNW.



## MÄRZ

- 14.-28.3. Reise in die Türkei**
- 17.3. Online-Vortrag: Gefahren der aktuellen Entwicklungen im Bereich KI und im Cyberraum**
- 25.3. Diskussion: Kriegstüchtiges Gesundheitswesen, Kiel**

## APRIL

- 1.4. Online-Veranstaltung: Wie unterscheiden sich Katastrophen- und Kriegsmedizin? Was bedeutet reverse Triage im Kriegsfall?**
- 3.-6.4. Ostermärsche der Friedensbewegung, bundesweit**
- 10.-11.4. IPPNW-Vorstandssitzung, Berlin**
- 23.4. Online-Vortrag: 40 Jahre Tschernobyl – Mythen und Fakten mit Dr. Alex Rosen**
- 26.4. 40. Jahrestag des Super-GAUs von Tschernobyl**
- 24.-26.4. IPPNW-Jahrestreffen & Mitgliederversammlung, Jena**
- 27.4.-20.5. NPT-Überprüfungskonferenz, New York**

## MAI

- 16.5. Treffen des AK Süd-Nord, Kassel**
- 30.5. Demonstration gegen Mittelstreckenwaffen in Wiesbaden und Grafenwöhr**

## JULI

- 8.7. Flaggentag der Mayors for Peace**

Weitere Informationen unter: [www.ippnw.de/termine](http://www.ippnw.de/termine)

*vormerken*

**28. MÄRZ, ONLINE:**

**Multiplikator\*innenseminar  
 Militarisierung des  
 Gesundheitswesens**



# IPPNW-Jahrestreffen & Mitgliederversammlung 24.-26. April 2026 in Jena

## Freitag, 24. April

Unicampus Jena,  
Carl-Zeiß-Straße 3, Hörsaal 3

### 19 Uhr

Begrüßung

### 19.15 Uhr

Vortrag: *Nach der Zeitenwende:  
Rüstung erzeugt Krieg*  
Prof. Dr. Klaus Dörre

## Samstag, 25. April

Akademiehôtel Jena  
Am Stadion 1, 07749 Jena

### ab 8 Uhr

Anmeldung

### 9 Uhr

Begrüßung

### 09.30 Uhr

Pecha-Kucha-Präsentatio-  
nen zu IPPNW-Themen

### 10.30 Uhr

Kaffeepause

### 11 Uhr Workshops:

- Wie hat das digitale Zeitalter  
Aktivismus verändert? Praktische  
Beispiele, digitale Kompeten-  
zen in der IPPNW, Perspekti-  
ven der jungen Generation

- Militarisierung des Gesundheits-  
wesens – wie komme ich ins Ge-  
spräch mit meinen Kolleg\*innen?

- Der sogenannte Friedensprozess  
in der Türkei, die Bedeutung für  
die ganze Region und die Möglich-  
keiten, den Prozess zu unterstützen

- Entspannungspolitik 2.0

- Mittelstreckenwaffen in Europa:  
Wie können wir uns gegen die  
Stationierung engagieren?

- Trotz Waffenruhe gehen die  
humanitäre Katastrophe und  
das Töten in Gaza weiter

### 12.30 Uhr Mittagessen

### 13.30-19 Uhr IPPNW- Mitgliederversammlung

- Berichte • Aussprache •  
Entlastung des Vorstandes
- Anträge und Resolutionen

**20 Uhr** Abendessen im  
Restaurant „Zur Noll“,  
Oberlauengasse 19 in der Altstadt

## Sonntag, 26. April

Akademiehôtel Jena  
Am Stadion 1, 07749 Jena

### 10-12 Uhr

Begrüßung & Podiumsdiskussion:  
Auf dem Weg in eine Abschiebe-  
gesellschaft? Folgen der GEAS-  
Reform für das Asylsystem  
in Deutschland – u. a. mit  
Ulrike Schneck & Sophia Eckert (tbc)

### 13.30 - ca. 15 Uhr

Öffentliches Friedenssingen  
auf dem Kirchplatz Jena



**Aktuelles Programm & Anmeldung:**  
[ippnw.de/bit/jahrestreffen](http://ippnw.de/bit/jahrestreffen)

